

Gegenstimmen — attac  lädt ein

Die Krise als Chance

Alternativen zum globalen Kapitalismus

Materialien zu der Veranstaltung mit
Dr. Maria Mies
Dr. Winfried Wolf
25. April 2003, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater





Inhalt

Maria Mies <i>Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen!</i>	3
Winfried Wolf <i>Die zehn sozialistischen Gebote</i>	15
The International Forum on Globalization (IFG) <i>Kapitel IV - Die Sache mit der Subsidiarität: Verlagerung vom Globalen zum Lokalen</i>	26
Die Plattform von attac Deutschland <i>Die Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich</i>	29

Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen!

Rosa Luxemburg zeigt uns den Weg. TEIL I

Von Maria Mies

Eins möchte ich zu Anfang klar stellen: Meine Freundinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Claudia von Werthof und ich "entdeckten" Rosa Luxemburg, besonders ihr Hauptwerk "Die Akkumulation des Kapitals", vor fast 30 Jahren, als wir als Feministinnen Antworten suchten auf bestimmte Fragen, die wir bei Marx und Engels und anderen männlichen linken Theoretikern nicht fanden. Diese Fragen waren vor allem: 1. die Frauenfrage, hier insbesondere die Frage, warum die Hausarbeit weder in der kapitalistischen noch in der marxistischen Theorie und Praxis einen Wert hat. z. die Kolonialfrage, d.h. warum die Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas auch nach ihrer politischen Entkolonisierung immer noch ökonomische Kolonien der imperialistischen "Metropolen" Europas und Nordamerikas und dann auch Japans bleiben. Und 3. die Natur- oder Ökologiefrage. Wie konnten Frauen und fremde Völker befreit werden, wenn sie, wie die außermenschliche Natur nur als ausbeutbare Naturressource betrachtet werden? Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Ausbeutung dieser "drei Kolonien" in den kapitalistischen wie in den sozialistischen Industrieländern? Welches Naturverhältnis liegt dem kapitalistischen wie dem sozialistischen Fortschrittsparadigma zugrunde?

Rosa Luxemburg hatte diese Fragen so nicht gestellt Sie war keine Feministin. Trotz ihrer Freundschaft mit Clara Zetkin, der Begründerin und Führerin der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, hielt sie nichts von Claras Bemühungen um eine Mobilisierung der proletarischen Frauen. Nach Meinung der SPD sollte Clara Zetkin und die sozialistische Frauenbewegung sich um die Stärkung der Kleinfamilie, um Mutterschutz, Kinder und ähnliche "Frauenthemen" kümmern. In der Partei aber sollten sie keine Stimme haben. "Das war der Grund", schreibt Evans, "weshalb eine engagierte Revolutionärin wie Rosa Luxemburg sich nicht mit der Frauenbewegung befaßte". (Evans 1979, S. 319) Sie wollte "richtige" Politik machen, und die war damals, wie zum großen Teil heute, Männersache. Rosa L. verachtete Clara Zetkin ein bißchen dafür, daß sie sich "nur" um die Frauenfrage kümmerte. An Leo Jogiches schrieb sie einmal:

"Clara ist gut, wie immer, aber sie läßt sich irgendwie ablenken, sie bleibt in Frauenangelegenheiten stecken und befaßt sich nicht mit allgemeinen Fragen. Also bin ich ganz allein." (zitiert in Evans 1979, S. 320)

Auch für Rosa Luxemburg also waren Frauenfragen keine allgemeinen Fragen. Zumindest sah sie keinen Zusammenhang zwischen der Frauenfrage und dem, was sie allgemeine Fragen nannte, z.B. den Kolonialismus, die brutale Gewalt der kapitalistischen Mächte gegen die sog. Naturvölker, den Militarismus und die Kriegsvorbereitungen. Sie regte sich auch nicht über den "proletarischen Antifeminismus" (Thönnesen) auf und überhörte die sexistischen Chauvibemerkungen vieler ihrer männlichen Genossen, z.B. die Kautsky's, der meinte "die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander", weil es ihr an rationalem Vermögen mangle. (Neusüß 1985, S. 127 f) Auch Bebel, der ein dickes theoretisches Werk über "Die Frau im Sozialismus" geschrieben hatte, schrieb 1910 über Clara Zetkin und Rosa Luxemburg an Kautsky:

"Es ist mit den Frauen eine merkwürdige Sache. Kommen ihre Liebhabereien oder Leidenschaften oder Eitelkeiten irgendwo in Frage und werden nicht berücksichtigt oder verletzt, dann ist auch die Klügste außer Rand und Band und wird feindselig bis zur Sinnlosigkeit Liebe und Haß liegen nebeneinander, eine regulierende Vernunft gibt es nicht" (zit in Evans 1979, S. 52)

Das sind doch bekannte Töne, nicht wahr? Immer noch. Frauen sind halt emotional. Es mangelt ihnen an "regulierender Vernunft; die ist den Männerköpfen vorbehalten. Rosa Luxemburg wollte aber richti-



ge, allgemeine Politik machen und wollte sich nicht in die Frauenecke abschieben lassen. Darum legte sie sich, wie unsere vor 10 Jahre verstorbene Freundin Christel Neusüß schrieb, permanent mit den Männerköpfen der damaligen SPD und ihrem Glauben an die Wissenschaft und die rationale, logische, generalstabsmäßige Planung einer Revolution an. Sie steckte es dabei einfach weg, wenn die Genossen ihren "hysterischen Materialismus" verhöhnten. (Neusüß 1985, S. 284) Wie viele Frauen bis heute in linken Organisationen steckte sie ihre Betroffenheit als Frau, ihre Wut über ihre männlichen Genossen weg, weil sie an die Wichtigkeit der gemeinsamen, "allgemeinen Sache" glaubte. Die Frauenfrage war für sie etwas, was dieser allgemeinen Sache hinzugefügt werden mußte, ein Nischenproblem. Heute nennt der deutsche Bundeskanzler Schröder (SPD) die Quotenpolitik das Frauengedöns)

Als Feministinnen konnten wir von Rosa Luxemburg zunächst also nicht viel lernen. Da wir aber, wie die neue Frauenbewegung in den Anfängen insgesamt, die theoretische und praktische Lösung der Frauenfrage nie nur additiv als Nischenfrage verstanden haben, die man anderen, allgemein-theoretischen Entwürfen hinzufügen kann, wollten wir der Sache auf den Grund gehen. Und dieser Grund, das wurde uns bald klar, ist in der Tatsache zu sehen, daß, wie Engels richtig erkannt hatte, Menschen zuerst einmal materiellkörperlich da sein müssen, ehe sie Geschichte machen und produzieren können. Dieses Da-Sein aber fällt nicht einfach vom Himmel. Es sind Frauen, Mütter, die die Menschen hervorbringen und dieses Hervorbringen ist nicht einfach ein unbewußter Akt der Natur als solcher, sondern es ist Arbeit (Mies 1983/1992, S. 164 ff). Und Frauen verausgaben unendlich viel Arbeit, bis diese kleinen Menschen groß sind und dann schließlich vor einem Fabrikator oder einem Büro stehen können, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die Arbeitskraft, die nicht sie, sondern ihre Mutter zu einem großen Teil produziert hat. Wie kommt es, so fragten wir uns, daß diese ganze Mütter- und Hausfrauenarbeit keinen Wert im Kapitalismus hat? Warum ist die Arbeit, die ein Auto produziert, wertvoll, aber die, die einen Menschen produziert, wertlos? Wieso wird die Arbeit bei der Herstellung von Waren Produktion genannt und die Arbeit einer Hausfrau und Mutter nur Reproduktion? Als wir bei Marx eine Antwort auf solche Fragen suchten, merkten wir bald, daß er den selben Arbeitsbegriff benutzte wie die bürgerlichen Nationalökonomien, insbesondere Adam Smith. Produktion war die Herstellung von Waren, bzw. Tauschwerten zwecks Mehrwertgewinnung. Nur die Arbeit gilt als produktiv, die dieser Mehrwertgewinnung dient. Was die Frauen machen ist Reproduktion, insbesondere Reproduktion der Arbeitskraft. Dabei ist die Produktion von Waren/Mehrwert eindeutig der sog. Reproduktion übergeordnet, denn nur sie erzeugt "Wert", sprich Kapital. Also: das Kapital braucht zwar immer wieder neue, lebendige, gesunde, kräftige, satte, gewaschene, sexuell befriedigte Menschen, aus denen es Arbeitskraft aussaugen kann, aber die Arbeit, die bei der Schaffung solcher Menschen verausgabt wird, gilt als bloße Wiederholung, ja schlimmer, als quasi Naturprozeß, der sich von selbst vollzieht, wie die Zyklen von Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Und angeblich kommt bei dieser Wiederholung, dieser Reproduktion nichts Neues heraus. Neues, stets neue Automodelle, Computergenerationen, geklonte Schafe, genmanipulierte Nahrungsmittel u. dergl. kommen nur bei der mehrwertorientierten Warenproduktion heraus.

Wir hatten aber gar nichts gegen das, was da Reproduktion genannt wurde, ich bestand vielmehr darauf, daß dies die eigentlichste Produktion ist, nämlich die Produktion des Lebens, oder der Subsistenz, die im Gegensatz zur Produktion

von Waren zum Zwecke der Profitmaximierung

steht.

Doch es genügte nicht, einfach festzustellen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft Hausarbeit - speziell Mütterarbeit - keinen Wert hat. Es genügte nicht, diese Tatsache einfach der Bosheit der



Männer zuzuschreiben oder sie, wie etliche linke Männer versuchten, sie als feudalen Rest zu interpretieren. Wieso braucht das Kapital diese unbezahlte, unbezahlbar, wertlose Arbeit?

Hier half uns Rosa Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals" weiter. Sie hatte dieses ökonomische Hauptwerk geschrieben, als sie sich politisch und theoretisch mit dem Imperialismus auseinandersetzte und gegen die Kriegstreiberei des Deutschen Kaiserreichs kämpfte. Es erschien zuerst 1913. In diesem Werk kritisierte sie Marx, der in Kapital Bd. 11 dargelegt hatte, daß die "erweiterte Reproduktion des Kapitals", also der unendliche Prozeß der Kapitalakkumulation, heute sagt man Wachstum, sich allein durch die Ausbeutung der Lohnarbeiterklasse durch das Kapital vollzieht. Der vollentwickelte Kapitalismus braucht nach Marx dazu keine zusätzliche, außerökonomische Gewalt, noch zusätzliche Gebiete, sprich Kolonien, die er ausbeuten kann. Da der Kapitalist den Arbeitern nie den ganzen Mehrwert, den diese geschaffen haben als Lohn zurückzahlt, sondern nur soviel, wie sie für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft brauchen, bleibt nach Marx am Ende jedes Produktionszyklus immer mehr übrig als in ihn hineingesteckt wurde, ein Mehr, das wieder investiert werden kann.

Rosa Luxemburg weist jedoch nach, daß das Kapital zur Aufrechterhaltung seiner ständigen Akkumulationsbewegung stets zusätzliche Produktionsmittel und Rohstoffe, zusätzliche Arbeitskräfte und zusätzliche Märkte braucht, die es in seinen Kerngebieten nicht mehr vorfindet und nicht mehr herstellen kann. Rosa Luxemburg nennt dies "nichtkapitalistische Produktionsformen", die das Kapital auch in seiner höchstentwickelten Form ständig braucht, wenn es weiter wachsen bzw. akkumulieren will.

"Wir sehen jedoch, daß der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist." (R. Luxemburg 1913 / 1975, S. 313)

Diese "nichtkapitalistischen" Gesellschaften und Schichten waren ursprünglich die Bauern in England und Europa, die Indianer in den USA, die Sklavinnen und Sklaven aus Afrika in der Karibik und den USA und schließlich alle Kolonien, die das westliche Kapital sich überall unterwarf.

Rosa Luxemburg stellt ebenfalls fest, daß die Ausbeutung und Ausplünderung dieser "nichtkapitalistischen" Schichten und Gesellschaften nicht, wie Marx die kapitalistische Ausbeutung definiert, durch das "zivile" Kapital-Lohn-Verhältnis erfolgt, das keine "außerökonomische Gewalt" mehr erforderlich macht, sondern durch direkte, brutalste Gewalt, durch Eroberung, Krieg, Piraterie, willkürliche Aneignung. Marx war der Meinung, daß diese direkte Gewalt zur Genesis, zu den Geburtswehen und zu der Vorgeschichte des eigentlichen Kapitalismus gehöre, die er die Periode der "ursprünglichen Akkumulation" genannt hat. Rosa Luxemburg weist jedoch nach, daß diese Gewalt ständig notwendig ist:

"Nur durch ständige Expansion auf neue Produktionsdomänen und neue Länder ist die Existenz und Entwicklung des Kapitalismus seit jeher möglich gewesen. Aber die Expansion führt in ihrem Weltzweck zum Zusammenstoß zwischen dem Kapital und den vorkapitalistischen Gesellschaftsformen. Daher Gewalt, Krieg, Revolution: kurz Katastrophe, das Lebensmoment des Kapitalismus von Anfang bis zu Ende." (R. Luxemburg 1913 / 1975 S. 518)

Das heißt, die Kapitalakkumulation bedarf zu ihrem Fortgang der "fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation" und ihrer Methoden, nämlich der Gewalt.

Eine weitere, zentrale Einsicht ergab sich aus dieser Analyse für Rosa L., nämlich, daß der Kapitalismus von Anfang bis zum Ende auf die Ausplünderung der ganzen Welt aus ist, oder, wie Wallerstein sagte, ein "Weltsystem" ist (1974)

"Das Kapital kann ohne die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte des gesamten Erdballs nicht auskommen, zur ungehinderten Entfaltung seiner Akkumulationsbewegung braucht es die Naturschätze und die Arbeitskräfte aller Erdstriche . . . die tatsächliche Vorherrschaft nichtkapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in den Ländern jener Produktionszweige ergibt für das Kapital die Bestrebung,



jene Länder und Gesellschaften unter seine Botmäßigkeit zu bringen, wobei die primitiven Verhältnisse allerdings so rasche und gewaltsame Griffe der Akkumulation ermöglichen, wie sie unter rein kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen ganz undenkbar wären." (R. Luxemburg 1913 / 1975, S. 314)

Als ich das wieder las, dachte ich sofort an die Länder in Süd- und Ostasien, an die sogenannten Tigerstaaten wie Süd-Korea, Thailand, Malaysia, die bis vor einigen Jahren noch Wachstumsraten aufwiesen, die die kapitalistischen Kernländer nur vor Neid erblassen ließen. Ich dachte aber auch an die Gewalt, vor allem gegen junge Frauen in und außerhalb der Freien Produktionszonen (FPZs) in Bangladesch, Hongkong, Thailand, Indien, kurz in der ganzen Region, die ich im November 1997 konkret kennengelernt hatte. Gewalt und zwar vor allem Gewalt gegen Frauen in diesen Regionen -ich nenne sie weiter ökonomische Kolonien - ist das Geheimnis der Akkumulation und nicht nur die ordentliche, meist männliche, arbeitsrechtlich und gewerkschaftlich geschützte Lohnarbeit. Gewalt ist ein ökonomischer Faktor, das hat Rosa Luxemburg schon erkannt. Sie ist nicht einfach durch männlichen Sadyismus begründet, sie ist nichts Natürliches, "eine Geburtswehe", wie Marx meinte, die den Kapitalismus durch Blut und Tränen zur Welt gebracht habe, so Christel Neusüß, die verstorbene Interpretin von Rosa Luxemburg. Mit Rosa Luxemburg kritisiert sie die Auffassung von Marx, der diese Geburtsmetapher mißbraucht, um die anfängliche Gewalt des Kapitalismus zu erklären.

"Später, wenn er mal richtig da sei, brauche er die Gewalt nicht mehr, da funktioniere er produktiv - friedlich, wenn auch ein bißchen zerstörerisch gegen die Arbeitskraft, aber so etwas wie die Mordzüge der spanischen Konquistadoren habe er nicht mehr nötig. Die Genossin (Luxemburg M.M.) weigert sich an diesem Punkt strikt Marx zu glauben, sie sieht ja, es stimmt nicht, die Gewalt hat weltweit Hochkonjunktur, Riesenwaffenarsenale wurden im Laufe der Zeit aufgehäuft, ein Kolonialkrieg jagte den anderen, ganze afrikanische Stämme wurden mal schnell im Vorübergehen liquidiert . . . und da findet sie halt, so lange kann die Geburtsstunde nicht dauern, 400 Jahre, und immer noch blut- und schmutztriefend, und das, wo der Sozialismus schon vor der Tür stehen soll! Nein, da muß der alte Genosse systematisch Falsches gedacht haben." (Neusüß 1985, S. 298)

Frauen, die letzte Kolonie, oder: die Hausfrauisierung der Arbeit

Wie schon gesagt, Rosa L. hat nicht an die Frauen gedacht. Doch ihre Analyse der Kapitalakkumulation hat uns, meinen Freundinnen und mir die Augen geöffnet für den Stellenwert der Hausarbeit im Kapitalismus. Diese Arbeit, die wie die der Bauern, der Kolonien oder anderer "nichtkapitalistischer Milieux", wie Rosa sie nennt, keinen Wert hat, als nicht-produktiv gilt, wie die Natur als "freies Gut" zur Verfügung steht, nicht durch Arbeitsrecht und Tarifverträge geschützt ist, rund um die Uhr zur Verfügung steht, ist für das Kapital die billigste und politisch effizienteste Form der Reproduktion der Arbeitskraft. Darüber hinaus, das habe ich in meinen Forschungen über Spitzenhäklerinnen in Indien festgestellt, als Heimarbeit auch die billigste und effizienteste Form der Produktionsarbeit. (s.u. Mies 1982)

Wenn wir die Wirtschaft von der Perspektive der Frauen und der Frauenarbeit her betrachten, und wenn wir die Hausarbeit in diese Betrachtung einbeziehen, dann sehen wir, daß 50% der Weltbevölkerung 65% der produktiven Arbeit leisten und weniger als 10% des Weltlohneinkommens dafür erhalten. (Salleh 1997 S. 77) Dies wird ermöglicht dadurch, daß Hausarbeit, einschließlich der Mütterarbeit zur Nicht-Arbeit erklärt und so unsichtbar gemacht wird. Dieses Unsichtbarmachen dessen, was lebensnotwendig und lebenserhaltend ist, der Frauen, der Natur, der unterdrückten Völker, Klassen und Stämme ist Teil einer patriarchalen Kolonisierungspolitik, die unter dem Kapitalismus ihren Höhepunkt gefunden hat. Sie wurde aber auch durch den realexistierenden Sozialismus nicht aufgehoben. Auch die sozialistische Akkumulation setzt, wie ich 1988 aufgezeigt habe, Kolonisierungen und Hausfrauisierung der Arbeit voraus.

Die Neudefinition der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Kapitalismus, insbesondere die Definition der Frau als Hausfrau ist nicht das Resultat einer eingeborenen männlichen Misogyny sondern eine strukturelle Notwendigkeit des Prozesses der Kapitalakkumulation. Feministinnen haben nachgewiesen, dass die Hausfrau, die die Arbeitskraft der männlichen Lohnarbeiter "reproduziert", zur Produktion des Mehrwerts beiträgt, vor allem deshalb, weil ihrer eigenen Arbeit überhaupt kein Wert im Sinne von Geld zugesprochen wird. Sie bleibt unbezahlt und wird daher auch nicht in die Berechnung des Bruttozialprodukts aufgenommen. Sie wird nicht einmal als Arbeit definiert sondern gilt entweder als Ausdruck der weiblichen Anatomie oder als "Liebe". Sie ist zeitlich unbegrenzt, scheint in Überfülle verfügbar, wie Sonne und Luft, wie eine Naturressource oder, wie die Ökonomen sagen, als "freies Gut", das Mann und die Kapitalisten sich einfach aneignen können. Nach feministischer Analyse ist es aber vor allem diese nicht bezahlte Hausarbeit, zusammen mit der Subsistenzarbeit von Kleinbauern, vor allem in der Dritten Welt, deren Ausbeutung das Geheimnis der fortgesetzten Kapitalakkumulation darstellt (Dalla Costa 1973, Federici 1975, Bock & Duden 1977, v. Werlhof 1992, Bennholdt-Thomsen 1983, Mies 1986, Waring 1989). Ohne diese inzwischen internationale "Hausfrauisierung" von Frauen wären die Produktionszuwächse und das Wirtschaftswachstum im Norden nicht aufrechtzuerhalten (Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983/1992)



Ich habe den Begriff der Hausfrauisierung 1978/79 im Zusammenhang meiner Forschung über Spitzenhäklerin in Südindien, geprägt. Schottische Missionare hatten im 19. Jh. die Spitzenindustrie in dieses Gebiet eingeführt und die armen Landfrauen gelehrt, in Heimarbeit Spitzen für den Weltmarkt zu häkeln. (Mies 1982/83)

Hausfrauisierung der Frauen wird aber auch nicht in Frage gestellt, wenn Frauen erwerbstätig sind. Frauenlöhne sind fast überall auf der Welt niedriger als Männerlöhne: In Deutschland betragen sie etwa 70% der Männerlöhne. Begründet wird diese Lohndifferenz u.a. mit dem Argument, das Einkommen der Frauen sei nur eine Ergänzung zum Einkommen des männlichen Familienernährers. Die Kategorie der "geringfügigen Beschäftigung" und der "Leichtlohngruppen" wurden vor allem für Hausfrauen erfunden. Zu Zeiten der Rezession sind sie die ersten, die entlassen werden. Ihre Aufstiegschancen sind gegenüber den Männern drastisch reduziert.

Die Analyse der Hausfrauisierung wäre jedoch unvollständig, wenn wir sie nicht im Zusammenhang der Kolonisierung betrachteten. Hausfrauisierung und Kolonisierung sind nicht nur zwei Prozesse, die historisch zeitgleich abliefen. Sie sind auch inhaltlich miteinander verknüpft. Ohne die Eroberung von Kolonien, die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und der dortigen menschlichen Arbeit wäre die europäische Unternehmerklasse nicht in der Lage gewesen, ihre industrielle Revolution zu beginnen; die Wissenschaftler hätten kaum Kapitalisten gefunden, die an ihren Erfindungen interessiert gewesen wären, die bürgerlicher Klasse der Gehaltsempfänger hätte kaum genug Geld gehabt, sich eine "nicht arbei-



tende Hausfrau" und Dienstpersonal zu leisten und die Arbeiter hätten weiterhin ein miserables Proletarierleben geführt.

Hausfrauisierung international

Inzwischen ist aber deutlich geworden, dass die Erfindung der "Hausfrau" nicht nur die beste Methode war/ist, um die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten, sondern dass sie auch die optimale Arbeitskraft in der Warenproduktion ist. Das ist zunächst einmal in der Dritten Welt deutlich geworden, wohin seit Mitte der siebziger Jahre zentrale westliche Produktionsbereiche verlegt wurden, wie Textilien, Elektronik, Spielwaren usw. Etwa 80% der Arbeitskräfte in diesen Weltmarktfabriken sind junge, unverheiratete Frauen. Die Löhne dieser Frauen betragen ein Zehntel der entsprechenden Löhne in den Industrieländern. Die Bezeichnung dieser Länder als Billiglohnländer hängt wesentlich von der Rekrutierung junger, weiblicher Arbeitskräfte ab, die meist nicht gewerkschaftlich organisiert sind, häufig entlassen werden, wenn sie heiraten oder Kinder haben, die unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen arbeiten. Die klassische Form der hausfrauisierten Produktionsarbeit im Weltmarkt ist jedoch die Heimarbeit, bei der Frauen ihre Haus- und Familienarbeit mit der Herstellung von Produkten für den Weltmarkt verbinden können, keinerlei Arbeitsschutz unterliegen, total vereinzelt arbeiten, die geringsten Löhne und oft die längsten Arbeitszeiten haben. Auch in anderen Produktionsbereichen: in der Landwirtschaft, im Handel, in den Dienstleistungen werden weibliche Arbeitskräfte nach dem Modell der Hausfrau engagiert (v. Werlhof 1985, Mies 1988).

Globalisierung der Wirtschaft und Hausfrauisierung

Die Relevanz dieser Analyse heute.

Was wir vor etlichen Jahrzehnten über den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der hausfrauisierten weiblichen Arbeitskraft und der Kapitalakkumulation geschrieben haben, zeigt gerade heute, im Zeitalter der sog Globalisierung der Wirtschaft, seine eigentliche Relevanz. Man könnte sogar sagen, dass in der globalisierten Wirtschaft diese Form der Ausbeutung das Modell geworden ist für die Ausbeutung von Arbeit überhaupt. Das Normalarbeitsverhältnis ist heute nicht mehr das zwischen einem (männlichen) "freien Lohnarbeiter" und dem Kapital sondern das zwischen "flexibilisierten", "untypischen", "drittweltisierten", "ungeschützten", "prekären", kurz: hausfrauisierten Arbeiterinnen und dem Kapital. Kein Wunder, dass die Unternehmerseite offen das Lob dieser nun "öffentlich freigesetzten, global(isierten) angewandten Hausfrau" (v. Werlhof 1999:81) singt. Claudia v. Werlhof zitiert Christian Lutz, einen Herausgeber der Schweizer Managerzeitschrift "Impuls", der das Ende der freien Lohnarbeit begrüßt und in seinem Beitrag: "Die Zukunft der Arbeit ist weiblich" weibliche (hausfrauliche) Qualifikationen für die Arbeitnehmer der Zukunft fordert. Der "Megatrend", der heute "alle Wertschöpfungsnetzwerke durchziehe" erfordere "Eigeninitiative, Ideen, Verantwortungsbereitschaft und soziale Kompetenz", wie sie eher bei Frauen als bei Männern zu finden seien. "Der Arbeitnehmer-nachfolger ist weiblichen Geschlechts" (Ch. Lutz 1997, zitiert bei v. Werlhof 1999 S. 81).

Damit sagt die Kapitaleseite nun offen, was Claudia von Werlhof schon 1983 als die Zukunft der Arbeitskraft beschrieb, nämlich die Hausfrauisierung auch der männlichen Arbeitskraft. In ihrem Aufsatz: "Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau" wies sie nach, dass nun nicht länger der männliche, tariflich abgesicherte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die optimale Arbeitskraft fürs Kapital darstellt, sondern die Hausfrau. Ihre Arbeitskraft ist im Gegensatz zu der des Proletariers, flexibel, ist rund um die Uhr verfügbar, ist unbezahlt, ist zuverlässig und fällt in Krisenzeiten dem Kapital nicht zur Last. Auch Männer würden in Zukunft auf diese Weise "hausfrauisiert" werden (v. Werlhof 1983, Neuauflage 1992).

1983/84 wurde diese Strategie noch unter dem Begriff der "Flexibilisierung der Arbeit" diskutiert. Sie wurde als notwendige Folge der Arbeitsrationalisierung durch Mikroelektronik und Computer ange-

priesen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Rexrodt schlug aber schon damals offen vor, innerhalb der deutschen Wirtschaft einen "Billiglohnsektor" zu etablieren.

Nach dem Vorherigen braucht es uns nicht zu wundern, dass Rexrodt diesen neu zu errichtenden "Billiglohnsektor" vor allem den Frauen zgedacht hat. Sie wären durch ihre Hausfrauentätigkeit ja großartig qualifiziert für diesen Sektor. Was Herr Rexrodt jedoch nicht sagte, wird heute durch Abkommen wie das MAI und die WTO klar: die ganze Welt, auch die reichen Industrieländer, sollen zu einer einzigen Freihandelszone werden, in der die TNKs Arbeits- und Umweltverhältnisse schaffen wollen, wie wir sie aus in Asien und Mexiko kennen (s.u.) (Mies, v. Werlhof 1998).

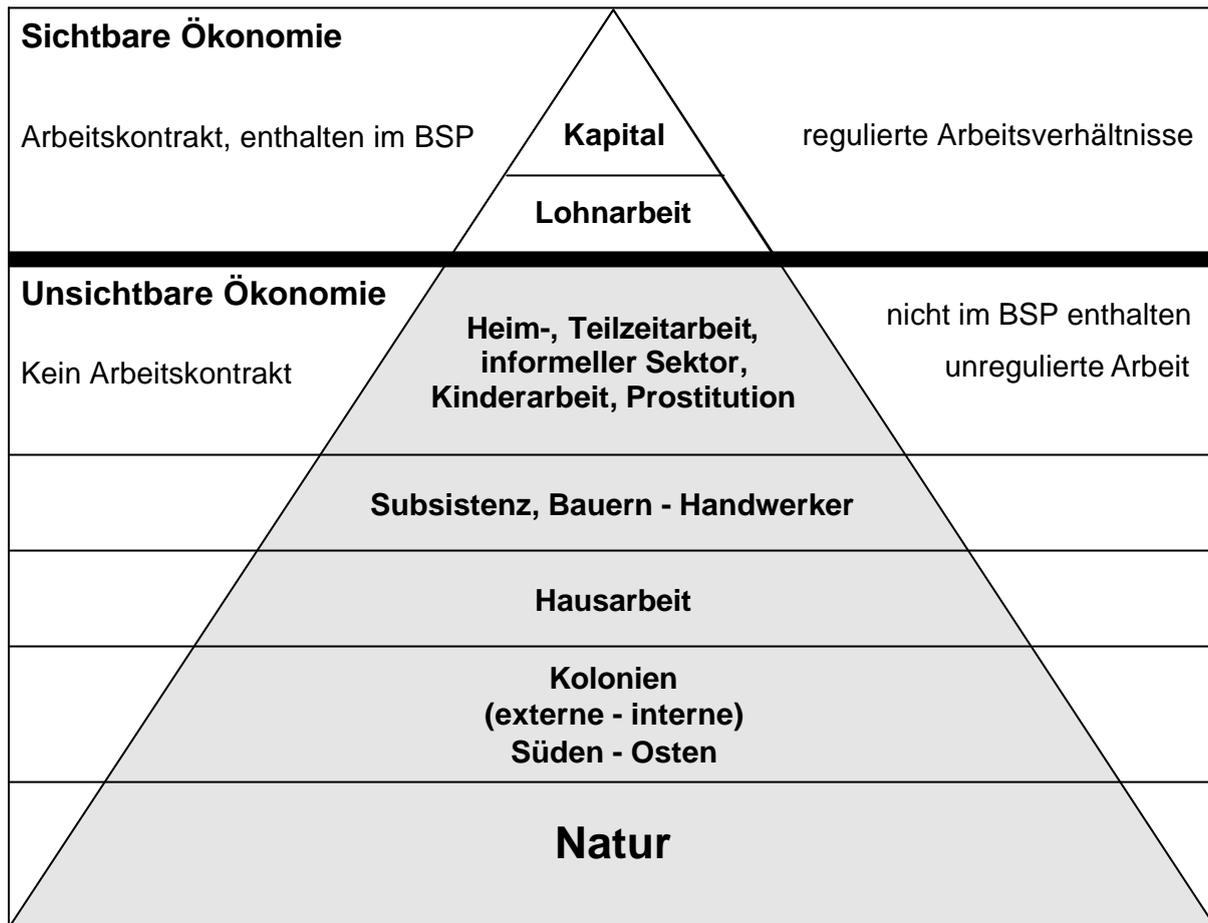
Obwohl der Kapitalismus bereits seit seinen kolonialen Anfängen als Weltsystem angelegt ist, wie Marx, Rosa Luxemburg und Wallerstein nachweisen, bezieht sich die heutige Rede von der Globalisierung auf Prozesse, die seit Ende der Achtziger Jahre durch Institutionen wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds (IMF) und das US Wirtschaftsministerium vorangetrieben werden. Die GATT-Verhandlungen fanden 1995 ihren Abschluss in der Gründung der World Trade Organisation (WTO).

Was oben über die Hausfrauisierung international gesagt wurde, ist besonders relevant für die Analyse des Erfolgs der jetzigen Phase der Globalisierung, nämlich die Einrichtung von Weltmarktfabriken, Freien Produktionszonen (FPZs) in Asien und "Macquilas" in Mexiko. Die Tatsache, dass die Löhne in diesen FPZs und Weltmarktfabriken so gering waren/sind, ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass etwa 80% der Arbeitskräfte in diesen Industrien, junge, meist unverheiratete Frauen sind, sondern dass diese als "Hausfrauen" definiert sind. Sie werden eingestellt wegen ihrer Hausfrauenqualifikationen: ihrer "geschickten Finger", ihrer Fügsamkeit, Sorgfalt, ihrer Nähkenntnisse und der Tatsache, dass sie nach der Heirat entlassen werden können. Damit vermeiden die Unternehmer alle Ansprüche auf Mutterschaftsurlaub und Arbeitsschutz. Außerdem waren Gewerkschaften in diesen Fabriken verboten. Die Gewinne konnten zu 100% exportiert werden. Da die meisten Arbeiterinnen in diesen Fabriken aus armen ländlichen Familien stammen, ihre Rechte nicht kannten, keine Erfahrung mit Arbeitskämpfen hatten, akzeptierten sie oft inhumane Arbeits- und Wohnbedingungen, Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden, ein unmenschliches Arbeitstempo, sexuelle Belästigung, Sicherheits- und Gesundheitsrisiken, die in den alten Industrieländern verboten sind. In Südkorea z.B. wurden Arbeiterinnen eingesperrt, bis sie ein bestimmtes Produktionsquantum erreicht hatten.

Das Eisberg-Modell der Kapitalistisch-Patriarchalen Wirtschaft

Eine solche Wirtschaft lässt sich am besten im Bilde eines EISBERGS darstellen. Nur der Teil des Eisbergs, der aus dem Wasser herausragt, nämlich Kapital und Lohnarbeit gilt bei uns üblicherweise als WIRTSCHAFT. Alle Nicht-Lohnarbeit -Hausarbeit, aber auch die Subsistenzarbeit von Bauern und anderen Selbstversorgern werden nicht zur Wirtschaft gezählt. Zu der "unsichtbaren Ökonomie" zählen auch die Arbeit im sog. informellen Sektor, aber auch alle Kolonien sowie die Natur und ihre Produktion. Auf diese unsichtbare Ökonomie werden alle Kosten abgeschoben oder "externalisiert", die das Kapital nicht zahlen will.

Im Eisberg-Modell (siehe nachfolgende Grafik) jeder herrschenden Wirtschaft gilt "Wirtschaft" nur als der sichtbare Teil der Ökonomie, nämlich die auf Warenproduktion und -handel beschränkte Wachstumswirtschaft, die das Ziel hat, immer mehr Geld und Kapital anzuhäufen. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist ein Nebeneffekt dieser Waren- und Geldakkumulation. Nur dieser "Über-Wasser" Teil der Wirtschaft erscheint in der nationalen Gesamtrechnung, die im Bruttosozialprodukt (BSP) oder Brutto Inlandprodukt (Gesamtmenge der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen - in Geld ausgedrückt) dargestellt wird (Waring 1989).



Das Eisberg-Modell der kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaft

Das ist jedoch keineswegs die gesamte kapitalistische Wirtschaft, sondern nur der sichtbare Teil. Doch diese sichtbare Ökonomie wird getragen und subventioniert von der unsichtbaren Ökonomie. Generell gilt, dass alle Tätigkeiten in der "unsichtbaren Ökonomie" "naturalisiert" worden sind, weil sie (angeblich) nicht dem Zweck der Kapitalverwertung dienen, sondern das Ziel haben, das eigene Leben, die eigene Subsistenz herzustellen und zu erhalten. Darum wird, nach Claudia von Werlhof, alles zur Natur "erklärt", was fürs Kapital gratis sein soll. Während den Menschen in der "sichtbaren" wie der "unsichtbaren Ökonomie" weisgemacht wird, das eigentliche Leben sei "oben" oder in der "sichtbaren Ökonomie" - der Geldökonomie - hängt aber letztere von der ersteren ab. Der wichtigste Mythos des Kapitalismus besagt, dass alle irgendwann, im Zuge der "nachholenden Entwicklung" zu dieser "sichtbaren Ökonomie" gehören würden, zu den Lohnarbeitern, geschützt von Arbeitsgesetzen, Arbeitsverträgen, gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen usw. In der Eisbergökonomie gibt es aber keine "nachholende Entwicklung" für alle - höchstens für einige - sondern es ist umgekehrt:

die unteren Schichten subventionieren die sichtbare Ökonomie. Darum nennen wir sie auch Kolonien. Ohne diese koloniale Basis gäbe es den Kapitalismus nicht.

Die Globalisierung bringt es an den Tag

Was unter dem Einfluss der Globalisierung jedoch wirklich geschieht, ist nicht das, was alle Zukurzgekommenen bisher erwartet haben, nämlich, dass sie per "nachholender Entwicklung" aufsteigen würden, sondern sie erleben das Gegenteil: Mehr und mehr Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen in der sichtbaren Ökonomie verlieren ihren Job und sinken ab in die unsichtbare Ökonomie. Das heißt aus festen Arbeitsplätzen wird Gelegenheitsarbeit, aus Fabrikarbeit Heimarbeit, aus gewerkschaftlich und rechtlich geschützter Arbeit werden ungeschützte, hausfrauisierte, heute nennt man das „prekäre“ Arbeitsverhältnisse. Dabei ist es genau umgekehrt, wie uns die herrschende Wirtschaftstheorie weis-



macht, nämlich, dass es einen "trickle-down-" Effekt von oben nach unten gäbe, ein Durchsickern des Reichtums von der Spitze der Pyramide zu den Zukurzgekommenen an ihrem Fuß. Die Realität ist genau umgekehrt. Immer mehr Reichtum wird in der Spitze des "Eisbergs" angehäuft, der den verschiedenen Schichten der "Unter-Wasser-" Ökonomie abgepresst wurde und dort dann eben nicht mehr vorhanden ist.

Inzwischen wurde schon im UNDP-Bericht von 1996 zugegeben, dass globales Wachstum dazu geführt hat, dass der Anteil der Wohlhabenden dieser Welt, die 20% der Weltbevölkerung ausmachen, innerhalb von 30 Jahren von 70% auf 85% des Reichtums gestiegen ist, während der Anteil der 20% der Ärmsten im selben Zeitraum von 2,3% auf 1,4% gesunken ist. Auch der United Nations Human Development Report von 1998 berichtet, dass das Realeinkommen in 100 Ländern heute niedriger ist als vor 10 Jahren. Die wachsende Kluft zwischen reichen und armen Ländern, Klassen und Geschlechtern wird zugegeben. Man zweifelt sogar daran, dass Wirtschaftswachstum diese Kluft verkleinern würde, aber man gibt immer noch nicht zu, dass diese Kluft eine notwendige, strukturelle Folge von permanentem Wachstum in einer begrenzten Welt ist. Im globalen kapitalistischen Patriarchat kann es nicht Gleichheit für alle geben. Dies gibt selbst die Weltbank indirekt zu, wenn sie sagt, dass Ungleichheit der Löhne, des Einkommens, des Wohlstandes eine notwendige Begleiterscheinung des "Übergangs" von der sozialistischen zur kapitalistischen Wirtschaft ist ("A Global Poverty Gap", in: The Economist, 20. July 1996, S. 36).

Globalisierung ohne "menschliches Gesicht"

Während die Menschen bis zum Fall der Berliner Mauer noch die Illusion haben konnten, dass die exportorientierte Industrialisierung in der Dritten Welt nicht nur den Konsumentinnen in den reichen Ländern, sondern auch den armen Ländern selbst zugute kommen würde - also, dass alle irgendwann ein wirtschaftliches Niveau wie etwa das Schwedens erreichen würden - ist diese Illusion mit der neo-liberalen Umstrukturierung der Weltwirtschaft, wie sie sich seit 1990 vollzieht, nicht mehr aufrechtzuerhalten.

In jetzigen Phase der Globalisierung werden die Prozesse, die schon Mitte der siebziger Jahre begannen, nicht nur fortgesetzt und erweitert, sondern auch qualitativ verschärft. So wird die Strategie, Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlagern, durch GATT und WTO praktisch auf fast alle Länder der Welt ausgedehnt. Außerdem werden nun nicht mehr nur bestimmte arbeitsintensive, auf hohen Löhnen basierende Industrien ausgelagert, sondern auch umweltverschmutzende Schwerindustrien wie Stahl-, Schiffs- und Autobau, Kohleförderung usw. Hinzukommt, ermöglicht durch die neuen Kommunikationstechnologien, die Verlagerung ganzer Dienstleistungsbereiche in Billiglohnländer. So lassen eine Reihe von Fluggesellschaften ihre Abrechnungen bereits in Indien durchführen. Und indische Software-Firmen konkurrieren erfolgreich mit solchen in den USA und Europa.

Die Folgen dieser neuen globalen Umstrukturierung für die alten Industrieländer sind nicht mehr nur Verlust von Arbeitsplätzen, auf denen vormals Frauen gearbeitet haben, sondern nun sind auch die männlichen Lohnarbeiter, und zwar die Stamarbeiter, von Firmenverlagerungen und Firmenzusammenschlüssen betroffen.

Es ist erstaunlich, dass weder die Politiker noch die Gewerkschaften die Konsequenzen der Globalisierungspolitik, die durch die Weltbank, MAI, GATT/WTO und die Transnationalen Konzerne (TNKs) betrieben wird, für die Arbeiter, die Verbraucher und die Umwelt erkannt haben, oder auch heute erkennen. Alle Industrieländer halten die Globalisierung der Wirtschaft und die Öffnung aller Märkte für eine gute Sache, zumindest für unumkehrbar. Alle Regierungen dieser Länder haben GATT und der WTO zugestimmt - Proteste gab es nur in einigen armen Ländern und von Bauern z.B. in Indien. Alle scheinen zu glauben, dass der sogenannte Freihandel auch mehr Handlungsfreiheit für den einzelnen bedeutet. Und doch hätte jedes Kind wissen können, wie der kapitalistische Freihandel funktioniert.

Dass das Kapital stets dahin geht, wo es die geringsten Lohnkosten zu zahlen hat, wo es die Umwelt ungestraft ausbeuten kann, wo es möglichst keine Gewerkschaften gibt - wie z.B. in China - durch die bestimmte Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten werden müssen. Das Dogma der komparativen Kostenvorteile, das die herrschende neoliberale Wirtschaftspolitik bestimmt, wird vor allem durch die Lohnkostenvorteile in den Billiglohnländern realisiert. Nach Pam Woodall waren die Stundenlöhne für Produktionsarbeiter 1994 im Durchschnitt wie folgt:

in Deutschland	US\$ 25
in USA	US\$ 16
in Polen	US\$ 1,40
in Mexiko	US\$ 2,40
In Indien, China, Indonesien	US\$ 0,50

(Woodall 1994)

So beschreibt Pam Woodall dann auch die komparativen Kostenvorteile der Dritten Welt im Rahmen des globalen Freihandels folgendermaßen:

"Die Vorteile des internationalen Handels bestehen darin, dass die Länder ihre komparativen Kostenvorteile ausbeuten können, nicht darin, dass sie versuchen, "gleich" zu sein. Und ein großer Teil der komparativen Kostenvorteile der Dritten Welt besteht in der einen oder anderen Weise in der Tatsache, dass sie arm sind, besonders in der billigen Arbeitskraft und der größeren Toleranz in Bezug auf Umweltverschmutzung" (Woodall 1994, S.42).

Was aber auch Pam Woodall vom Economist nicht als zentralen Teil der komparativen Kostenvorteile erwähnt, ist die Tatsache, dass die billigsten der billigen Arbeitskräfte weltweit Frauen sind, und zwar Frauen, die als Hausfrauen "konstruiert" worden sind. Die globale Umstrukturierung hat nun alle Länder, alle Sektoren der Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft und alle Arbeitsverhältnisse erfasst. Unter anderen eben auch die Frauen, die in den exportorientierten Textil-, Elektronik-, Spielzeug-, Schuhindustrien arbeiteten. Hatten diese Arbeiterinnen bis vor kurzem noch gehofft, dass sie durch heroische Arbeitskämpfe halbwegs menschliche Arbeitsverhältnisse durchsetzen könnten, so wie die von der International Labour Organisation (ILO) geforderten Kernarbeitsstandards, so müssen sie jetzt feststellen, dass die TNKs, für die sie bisher gearbeitet haben, entweder einfach ihr Land verlassen und in noch billigere Länder umziehen, z.B. von Südkorea nach Bangladesch oder nach China; oder dass sie, in Hongkong etwa, billigere Arbeiterinnen aus China anheuern. Die Hauptstrategie zur Verbilligung der weiblichen Arbeitskraft ist jedoch eindeutig eine weitere Hausfrauisierung und Globalisierung.

Das Committee for Asian Women (CAW) hat 1995 eine datenreiche Analyse der Folgen der globalen Umstrukturierung für die Arbeiterinnen in asiatischen Industriezentren, vor allem in den Export Processing Zones (EZPs) in den Philippinen, Südkorea, Hongkong, Singapur und Bangladesch herausgegeben. Die Autorinnen beschreiben nicht nur die Zunahme sexistischer Diskriminierung -Männer bekommen feste Jobs, Frauen nur noch Teilzeit- und ungesicherte Arbeit - sondern vor allem auch, dass verheiratete Frauen vom formalen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden,

"denn Manager wollen die Kosten für Mutterschaftsurlaub und andere Vergünstigungen vermeiden. Sie argumentieren meist, dass verheiratete Frauen zu viele Familienpflichten hätten und sich nicht auf ihre Arbeit konzentrieren könnten" (CAW) 1995, S. 31).

Das heißt aber keineswegs, dass diese verheirateten Frauen nun von einem Ehemann "ernährt" werden und nicht mehr weiter fürs Kapital auch direkt arbeiten müssen. Der Druck, der durch die Arbeit. Dieses Konzept geht davon aus, dass der Lohn für einen eine Arbeiterin nicht mehr die Reprodukti-

onskosten dieser Person abdecken müsse, denn, ihre Arbeit sei ja nur "zusätzlich" zum Einkommen des Hauptnährers, doch wo sind die „Hauptnährer“ heute?

Die alten Gegenstrategien reichen nicht mehr aus

Angesichts der Globalisierung und Liberalisierung des Weltmarkts, verbunden mit der oben Verlagerung von EZPs in noch billigere Länder auf die Arbeiterinnen ausgeübt wird, hat zu einer weiteren "Casualization" von Frauenarbeit geführt, d.h. aus festen werden unsichere, aus geschützten ungeschützte, aus Ganztagsarbeit werden Teilzeitjobs, aus Vollzeit- werden Gelegenheitsarbeiterinnen, Fabrikarbeit wird vor allem ausgelagert in Heimarbeit. Diese verrichten dann die nach Hause geschickten verheirateten Frauen, neben ihrer Familienarbeit und der Betreuung ihrer Kinder. Oder sie sind gezwungen, stundenweise irgendwelche Dienstleistungen zu erbringen. 70% der aus dem produzierenden Bereich entlassenen Frauen wurden Gelegenheitsarbeiterinnen im Dienstleistungssektor. Die Unternehmer betreiben eine bewusst sexistische oder patriarchale Strategie der Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse:

"Arbeitsprozesse werden so aufgeteilt, dass sie stundenweise bezahlt werden können, denn die Arbeit wird als Frauenarbeit gesehen. Frauen, die verheiratet sind, können geringere Löhne bekommen, denn man denkt, dass sie von einem Ehemann abhängig sind. Die rapide Vergelegenlichung (casualization) von Arbeit ist geschlechtsbedingt (Chan Kit Wa, Fong Yenk Hang, Fung Kwok Kin, Hung Sent Lin, Ng Chun Hung, Pun Ngai, Wong Man Wan, 1995, S. 54).

Und wo arbeiten diese Gelegenheitsarbeiterinnen? Bei McDonalds, Spaghetti House, Maxim, in Supermärkten, als Putzfrau, als Hausangestellte, als Prostituierte und in Büros.

Die Gesamtanalyse der Autorinnen von "Silk and Steel" zeigt nicht nur die Tendenz zur Hausfrauisierung von Arbeit auf, die mit der Globalisierung einhergeht, sondern vor allem, dass diese Strategie für Frauen zu einer allgemeinen Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen geführt hat. Hinzu kommt, dass auch die Männer sich immer weniger verantwortlich für ihre Familien fühlen und Frauen und Kinder verlassen. Hausfrauisierung ist fürs Kapital die beste Strategie im Zuge der Globalisierung komparative Kostenvorteile zu realisieren. Für Frauen ist sie eine Katastrophe.

Was bedeutet das für uns?

Sie können nun sagen: O.K. das ist Asien, Südkorea, Hongkong, . . . Was geht uns das an? Unser Problem ist, dass wir die Prozesse, die sich jetzt hier abspielen nicht verstehen, wenn wir glauben, das Kapital hätte andere Strategien, die Arbeit hier zu verbilligen als die, die es in den Billiglohnländern anwendet. Die früheren 630 DM Jobs in Deutschland, heute die 500 Euro Jobs, die die Hartz-Kommission vorschlägt, basieren auf demselben Konzept der Hausfrauisierung von Arbeit. Für die beschriebene "Deregulierung", "Flexibilisierung" bzw. "Hausfrauisierung" von Arbeitskraft reicht die traditionelle Gewerkschaftsstrategie nicht mehr aus. Für Frauen hat sie nie ausgereicht. Sie basiert nicht nur auf der patriarchalisch-kapitalistischen Trennung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Hausarbeit, sondern auch auf der Annahme, dass das Modell der westlichen Industriegesellschaft, sein Produktions- und Konsummuster im Zuge der "nachholenden Entwicklung" zu verallgemeinern sei. Alle bisher angeblich "rückständigen" Gesellschaften, Klassen, Rassen, Völker – und Frauen – sollten nach und nach auf den Stand der reichen Klassen in den reichen Ländern gebracht werden. Die Frauen sollten statusmäßig den privilegierten Männern "gleichgestellt" werden.

Eine Strategie, die jedoch nur eine Umverteilung des ökonomischen Kuchens einfordert, z.B. von oben nach unten, oder größere Anteile für Frauen verlangt, ohne zu fragen, wie denn dieser Kuchen überhaupt zustande gekommen ist, welches seine Bestandteile sind, welche Bereiche unserer Realität kolonisiert werden müssen, um ihn backen zu können, eine solche Strategie macht sich Illusionen über die Wirklichkeit.



Für Frauen und Männer kann es angesichts der neuen weltweiten, patriarchalen Kapitalstrategie nicht mehr ausreichen, nur weiterhin mehr geschützte Lohnarbeitsplätze auf der Grundlage von Wirtschaftswachstum zu fordern. Innerhalb einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft können die Forderungen und Rechte bestimmter Arbeiterinnen stets unterlaufen werden durch ein Ausweichen auf billigere Arbeitskräfte in anderen Ländern und Regionen, durch weitere Ausplünderung der Natur und durch weitere Kolonisierung und Kriege.

Wir müssen uns Gedanken über ein ganz anderes Wirtschaftsmodell machen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die nicht den einen das Brot stiehlt, damit andere Kuchen essen können. Eine solche Wirtschaft kann aber nicht mehr auf permanentem Wachstum, sei es kapitalistischer oder sozialistischer Natur, und darum auf der Kolonisierung von Frauen, Natur und fremden Völkern basieren (Mies 1988). Sie ist auch nicht durch "nachholende Entwicklung" oder eine bloße Verteilung des "gesellschaftlichen Reichtums" zu realisieren, wie viele immer noch glauben. Die Produktion dieses "gesellschaftlichen Reichtums" beruht immer auf Gewalt, Raub, und Ausbeutung von Mensch und Natur.

Eine solche nicht-wachstumsorientierte, nichtkoloniale, nicht-kapitalistische, nicht-patriarchale Wirtschaft und Gesellschaft müsste auf grundlegend anderen Prinzipien als den uns bekannten aufgebaut sein. Dabei stehen nicht nur die Grenzen unseres Planeten im Vordergrund, sondern das Prinzip der Selbstversorgung, ein anderer Begriff von "gutem Leben", eine Kritik des Konsumismus, die Respektierung natürlicher Zyklen und die Schaffung neuer Verhältnisse zwischen Mensch und Natur, Mann und Frau, Stadt und Land, zwischen verschiedenen Völkern, Rassen und Ethnien (vgl. Bennholdt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1992, Mies/Shiva 1995). Um eine solche Wirtschaft zu konzipieren ist zunächst ein anderer Blick auf die Wirklichkeit notwendig. Wir nennen diesen Blick die Subsistenzperspektive (Bennroldt-Thomsen/Mies 1997).

Die zehn sozialistischen Gebote

Von Winfried Wolf

Zur Kritik des Existierenden

Dabei sollte - wie in der alten Tradition derjenigen, die die neue Gesellschaft „vorgedacht“ haben - der Ausgangspunkt solchen Vordenkens die Kritik des real existierenden, allein übriggebliebenen Kapitalismus sein.

Als was verkauft sich uns diese kapitalistische Gesellschaft? Als rationale, effiziente und daher alternativlose Form des Wirtschaftens und der Organisation des weltweiten gesellschaftlichen Lebens.

Rational? Vor kurzem war in der großbürgerlichen „Wirtschaftswoche“ zu lesen: „In der Welt der Wirtschaft geht es viel weniger rational zu, als man annimmt ... Daß es immer mehr Manager gibt die bei den Sternen Rat suchen, findet der ... Betriebspsychologe Rudolf Lang nicht verwunderlich. Für die Magie empfänglich seien Menschen, die in hoher Verantwortung und unter Erfolgsdruck stehen ... Insgesamt wird in der Astrologen-Branche ... ein Umsatz von ... 500 Millionen Mark gemacht ... Am lukrativsten sind Aufträge aus der Wirtschaft . . . Etwa 5.000 Mark kostet beispielsweise eine psychologisch-astrologische Standortbestimmung für ein Unternehmen.“¹

Und, so ist hinzuzufügen, die Kosten für eine solche „rationale“ Bestimmung für einen Unternehmensstandort sind gewöhnlich steuerlich absetzbar.

Nehmen wir ein Beispiel aus dem realen Wirtschaftsleben. In meinem Wahlkreis Mannheim befindet sich seit Herbst 1999 das Großkraftwerk (GKW) in einer Existenzkrise. Rund 600 der 850 Arbeitsplätze sollen bis 2002 vernichtet werden. Das Kraftwerk ist hocheffizient: Es arbeitet mit Kraft-Wärme-Kopplung, womit die Energie bis zu 90 Prozent ausgelastet wird; gleichzeitig handelt es sich um ein dezentrales - überwiegend die Stadt Mannheim und den Regionalverkehr der Deutschen Bahn AG mit Strom versorgendes - Kraftwerk. Und warum die drohende Zerstörung? Weil Erzeuger von dezentral erzeugtem Stadtwerke-Strom im Rahmen der Liberalisierung des Energiemarktes der „Entstaatlichung“ des Unternehmens Energieversorgung Baden-Württemberg, des offensiven Einstiegs des französischen Energiekonzerns Electricité de France (EdF) mit billigem Atomstrom („Yello“) auf den deutschen Strommarkt kaum eine Überlebenschance haben. Als „rational“ und „effizient“ erweist sich damit unter diesen real existierenden kapitalistischen Bedingungen derjenige Strom, der über weite Distanzen bezogen wird und der in der extrem umweltgefährdenden Form von Atomkraftwerken, und mit einem geringen Ausnutzungsgrad erzeugt wird. Zu recht verweisen da die Mannheimer Kolleginnen und Kollegen des Großkraftwerks auf den Widerspruch zum Credo gerade der „rot-grünen“ Regierung. Und sie hätten allen Grund, das zu tun, was 151 Jahre zuvor die Mannheimer beim Auftakt der 1848er Revolution taten: Barrikaden zu errichten - unter anderem gegen einen „Freiheitsbegriff“, der sich inzwischen auf die Durchleitungsfreiheit für umweltgefährdenden und Arbeitsplätze zerstörenden atomaren Billigstrom reduziert.

Was im Kleinen - für die Absetzbarkeit von Astrologie-Kosten für Unternehmen und ein Großkraftwerk im „Kurfürstlichen“ gilt, gilt auch im Großen. Die Welt des globalisierten Kapitalismus ist irrational und gesamtgesellschaftlich gesehen ineffizient. Was auf drei Ebenen belegt werden kann:

Wachsende Massenerwerbslosigkeit

Seit den siebziger Jahren wächst im Kapitalismus die massenhafte Erwerbslosigkeit, während zugleich die Arbeit, die gesellschaftlich sinnvoll verrichtet werden müßte und die unverrichtet bleibt, ebenfalls anwächst.

¹ Wirtschaftswoche vom 4.4.1996



Der Anstieg dieser erzwungenen gesellschaftlichen Untätigkeit ist dort am deutlichsten, wo Statistiken kaum existent sind: In der sogenannten Dritten Welt und in dem, was von der „Zweiten Welt“ übrig blieb. Um nur ein Segment herauszugreifen: In China wird derzeit massenhaft „national“ organisierter Schienenverkehr zerstört und Autoverkehr, von dem vor allem internationale G-7-Konzerne profitieren, durchgesetzt. Allein im chinesischen Eisenbahnwesen sollen im Zeitraum 1999 bis 2005 eine Million Beschäftigte freigesetzt werden. In der Autoindustrie vor Ort werden im Rahmen dieser verkehrten Verkehrswende bestenfalls ein paar zehntausend Jobs geschaffen. Ist das „rational“ - wo alle Welt erklärt, der Vorrang gehöre der Schiene? Ist das „effizient“, wo auch die EU-Kommission in einem „Grünbuch“ herausfand, daß beim Vergleich der Verkehrsträger die höchsten volkswirtschaftlichen Kosten durch den Flug- und Straßenverkehr entstehen?²

Nehmen wir die Erwerbslosenzahlen für Westdeutschland: In der ersten BRD-Nachkriegsrezession 1966/67 wurden - auf dem Höhepunkt - offiziell 700.000 Erwerbslose gezählt. In der darauffolgenden internationalen Rezession 1974/75 gab es in Westdeutschland kurzzeitig 1,4 Millionen Erwerbslose. In der zweiten internationalen Rezession 1980/82 wurden 2,2 Millionen „Arbeitslose“ gezählt. Und seit 1992 zählen wir in den alten Bundesländern knapp drei Millionen Erwerbslose; gesamtdeutsch sind es vier Millionen.

Jeder, der die mehr als zweihundertjährige Geschichte kapitalistischer Krisenzyklen kennt, weiß, daß eine kommende Rezession, die im Kapitalismus so sicher wie das Amen in der Kirche kommt, auf diese Sockelarbeitslosigkeit von vier Millionen Erwerbslosen „draufsatteln“ wird. Wir werden dann mit 5 oder gar 6 Millionen konfrontiert sein. Und das unter Bedingungen einer höchst ordinären Rezession - ohne „Schikanen“ wie Börsencrash und Weltwirtschaftskrise.³

Irrationale und zerstörerische Art des Einsatzes gesellschaftlicher Arbeit

Bei der - bereits irrational eingeschränkten - Verausgabung der gesellschaftlichen Welt-Arbeitszeit wächst kontinuierlich der Anteil derjenigen Arbeit, die

- unsinnig und unnützlich
- vermeidbar
- oder gar zerstörerisch

verausgibt wird.

So wuchs in den vergangenen 20 Jahren, die Zahl derjenigen, die in den Dienstleistungsbereichen Werbung/Public Relation, privates Fernsehen, Internet und mobile Kommunikation tätig sind. Fragt man danach, ob die Menschen damit informierter, die zwischenmenschliche Kommunikation verbessert oder die kulturelle Vielfalt erweitert wurde, dann lautet die Bilanz deutlich Nein. Clifford Stoll, einer der Erfinder des Internets, verwies auf die beängstigende Entwicklung, wonach dort, wo das Internet am weitesten verbreitet ist, die klassischen Formen der Information - Bibliotheken, Büchereien, Zeitungen, Zeitschriften - abgebaut und teilweise ganz zerstört werden. In den USA reduzierte sich die Zahl der seriösen überregionalen Zeitungen mit gutem Kulturteil von 200 in den sechziger Jahren auf weniger als ein halbes Dutzend heute.⁴

² Frankfurter Rundschau vom 27.7.1994

³ Vor dem Hintergrund von drei Büchern über die kontinuierliche Verschärfung dieser Widersprüche der politischen Ökonomie des Kapitals stelle ich rückblickend fest: Zwar wurde immer mein Hoffen auf eine antikapitalistische Antwort von der Wirklichkeit gedämpft und zum Teil widerlegt. Doch die kapitalistische Wirklichkeit der Erwerbslosen-Entwicklung kam immer schlimmer als prognostiziert. Vgl. Ernest Mandel/Winfried Wolf Ende der Krise oder Krise ohne Ende? Berlin 1974; Ernest Mandel und Winfried Wolf. Cash, Crash & Crisis - Profitboom, Wirtschaftskrise und Börsenkrach. Hautburg 1988; Winfried Wolf CasinoCapital. Der Crash beginnt auf dem Golfplatz. Köln 1998.

⁴ Clifford Stoll in: Der Spiegel, Nr. 421/1999; und Clifford Stoll: Die Wüste Internet. Frankfurt/M. 1997



Vermeidbare Arbeit lässt sich auf dem Verkehrs- und Transportsektor dokumentieren. Mit viel Häme wird hier oft auf die DDR verwiesen, in der ein Teil des hohen Schienen-Transportaufkommens durch den Transport von wenig effizienter Braunkohle mit wenig effizienten Zügen entfallen sei. Doch wie verhält es sich im allein Übriggebliebenen? Anfang der neunziger Jahre wurde der Begriff der Transportintensität als volkswirtschaftliche Größe entwickelt. Damit wurde die Zahl der Transportkilometer festgehalten, die in einer Ware von ein und derselben Qualität zu unterschiedlichen Zeitpunkten enthalten ist. Diese Transportintensität erhöhte sich in der BRD im Zeitraum 1973 bis 1995 um rund 50 Prozent. Das heißt, daß, beispielsweise heute in einer Flasche Mineralwasser 50 Prozent mehr Straßen- und zum Teil Schienenkilometer Transport als in einer solchen Seltersflasche derselben Qualität Anfang der siebziger Jahre „stecken“.

Diese Entwicklung läßt sich im übrigen für fast alle hochindustrialisierten kapitalistischen Länder feststellen. Und wenn die Schweiz und Dänemark hier eine rühmliche Ausnahme bilden und sich in diesen kapitalistischen Ökonomien die „Transportintensität“ im angegebenen Zeitraum nur unwesentlich erhöhte, dann sollte bedacht werden: Es handelt sich um Länder ohne Autoindustrie und mit einem bisher passabel bis gut funktionierenden staatlichen Schienenverkehr.⁵

Schließlich wächst der Anteil derjenigen gesellschaftlichen Arbeit, die in direkt *zerstörerischen* Formen und Bereichen verausgabt wird. Der Einsatz gesellschaftlicher Arbeit in der Gentechnik wächst, derjenige im Bereich Atomenergie verbleibt auf hohem Niveau. Rüstungsproduktion wird weltweit auf einem Niveau betrieben, das in der Geschichte der Menschheit einmalig ist: die Verausgabung von „Arbeit“ in Kriegen liegt auf einem Nachkriegs-Rekordniveau.

Schließlich sind in diesem Zusammenhang die großen Unternehmens-Fusionen zu erwähnen. Sie stellen eine Vernichtung von Arbeitsplätzen und von Kapital in riesigem Umfang dar. Ihr Ziel und Zweck ist allein die Kontrolle von Markt und die Anhäufung von Macht. Die Behauptung, mit ihnen wachse Produktivkraft ist absurd. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn heute der gesamte Weltmarkt für große zivile Flugzeuge von zwei Konzernen -Boeing (mit McDonald-Douglas) und Airbus - kontrolliert wird, dann nimmt die Innovationsfähigkeit solcher Oligopolisten ab (zumal wenn sie über Staatsaufträge und Rüstungsproduktion zusätzlich der Marktkonkurrenz entzogen sind). Wenn der Weltmarkt für Bahntechnik zu mehr als vier Fünftel von einem Autokonzern (DaimlerChrysler als Eigner von Adtranz) und einem Flugzeughersteller (Bombardier/DWA) kontrolliert wird, dann sind es nicht nur die Marktmacht, die Innovationen hemmt. Das Überwiegen von dem Schienenverkehr entgegengesetzten Wirtschaftsinteressen muß zerstörerisch wirken.

Wachsende .Kluft zwischen Arm und Reich .

Die bestehende kapitalistische Gesellschaft hat sich in einem Umfang sozial polarisiert, wie dies in der Geschichte der Menschheit einmalig sein dürfte. Dies findet national ebenso wie international statt. Der Verdreifachung der Zahl der westdeutschen Sozialhilfeempfänger im Zeitraum 1980 bis 1995 korrespondiert mit einer Verdreifachung der Vermögens-Millionäre. Weltweit hat die UNO-Unterorganisation UNDP die folgende extreme Relation errechnet: „Heute entspricht der Nettowert des Vermögens der 358 reichsten Menschen der Welt, der Dollar-Milliardäre, dem Gesamteinkommen

⁵ Angaben zur Transportintensität: Verkehr in Zahlen, herausgegeben vom Bundesministerium für Verkehr. Bonn Berlin 1990 ff. (Jahresausgaben). Hier wurde das öffentlich kaum bekannte Beispiel der „intensivierten Güterverkehrsleistung“ gewählt. Bekannt und ähnlich aussagekräftig ist das Beispiel der Personenkilometer: Während ein westdeutscher Bürger - Greise und Säuglinge inbegriffen - :Anfang der siebziger Jahre im Schnitt 6.000 km jährlich zurücklegte, liegt diese Zahl Ende der neunziger Jahre rund beim Doppelten. Doch keiner kann behaupten, dem entspreche eine doppelt so hohe Lebensqualität hinsichtlich der Mobilität Tatsache ist, dass nicht die Zahl der - realisierten - Mobilitätsbedürfnisse im Jahr zunahm. Statt dessen hat sich jeweils die Zahl der Kilometer, die zur Befriedigung jedes einzelnen - „Mobilitätsbedürfnisses“ aufzuwenden war, mehr als verdoppelt: längere Einkaufswege, längere Wege zu Verwaltungen, längere Arbeitswege (z. B. 500.000 Ost-West-Pendler), längere Freizeitwege usw. usf.

der ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung, das heißt, von 2,3 Milliarden Menschen." Wobei verstärkend hinzugefügt wird: „Dabei werden allerdings Reichtum und Einkommen verglichen. Wenn es möglich wäre, den Vergleich nur auf das Vermögen zu beschränken, wäre der Gegensatz noch krasser, denn das Vermögen der ärmsten Menschen ist in der Regel noch viel geringer als ihr Einkommen.“⁶

Die drei beschriebenen Tendenzen der gegenwärtigen kapitalistischen Welt bestätigen, was bereits eine erste „Nahaufnahme“ ergab und was die aufständischen Bauern in deutschen Ländern 1525 deklamierten: „Die Welt steht Kopf“. Sie ist nicht nur unfähig, den Herausforderungen der Menschheit gerecht zu werden. Sie ist auch irrational, gesamtgesellschaftlich wenig effizient und enorm ungerecht organisiert.

Der entscheidende Grund hierfür liegt auf der Hand: Es handelt sich um eine Form des Wirtschaftens, in der allein der einzelbetriebliche Profit Maßstab allen Wirtschaftens ist und nicht etwa menschliche oder gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse. Es zählt allein, ob aus Scheiße Gold gemacht werden kann, und nicht, ob die mit dieser Zielsetzung entstehenden neuen Abwassersysteme - z. B. diejenigen in den neuen Bundesländern - dann tatsächlich extrem ineffizient arbeiten, weil sie überdimensioniert sind. Schon gar nicht zählt, daß, in großen Teilen der Dritten Welt an Abwassersysteme erst gar nicht gedacht werden kann - mangels kaufkräftiger Nachfrage nach einer solchen Vergütung menschlicher Ausscheidungen. .

Bisherige Ausbruchversuche

Eine vergleichbare Bilanz wurde ähnlich im Kommunistischen Manifest des Jahres 1848 und danach in vielen Schriften formuliert. Außer der Kritik der Theorie gab es auch eine Kritik der Praxis: die Ausbruchversuche von Kollektiven und Völkern aus dem Kapitalismus. Auch aus der kritischen Bilanzierung dieser „Ausbruchversuche“ speist sich ein Vordenken für den Sozialismus.

Im wesentlichen gab es bisher drei Arten von Ausbruchversuchen:

- Die Praxisversuche von utopischen Kommunisten oder „Frühsozialisten“
- Die Sowjetunion und die an dieser orientierten Gesellschaften
- Die sozialistischen Versuche in der Dritten Welt (u. a. China, Jugoslawien, Vietnam, Kuba, Nicaragua, Grenada).

Allen dreien war gemeinsam eine andere Art des Wirtschaftens; nicht Profit, sondern ein Plan standen im Zentrum. Bis auf eine Gesellschaft sind alle gescheitert; die Errungenschaften der kubanischen Revolution sind bedroht.

Ein gemeinsamer - objektiver - Grund für dieses Scheitern ist offensichtlich darin zu suchen, daß all diese Versuche einen „Inselcharakter“ hatten; sie blieben isoliert: in den „Kolonien“ der utopischen Sozialisten, z. B. in Schottland und Amerika, in der Sowjetunion oder China oder sogar geographisch auf Inseln (Kuba, Grenada). Die davon ausgehenden Gefahren wurden verstärkt durch die Tatsache, daß alle - im 20. Jahrhundert relevanten - Ausbruchversuche in Weltregionen mit gering entwickelten Produktivkräften stattfanden; diese „neuen Gesellschaften“ waren damit für ein wirtschaftliches Weiterkommen erheblich vom Weltmarkt abhängig, der weiterhin kapitalistisch bestimmt blieb und damit diesen „Ausbruchversuchen“ feindlich gegenüber stand. Diese Umstände bildeten im übrigen den Kern von Leo Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“ und seiner Kritik am stalinistischen Modell des „Sozialismus in einem Land“.

⁶ Frankfurter Rundschau vom 5.11.1996

Gemeinsam war diesen isolierten Versuchen auch, daß sie militärisch bedroht und meist direkt angegriffen wurden: siehe der Bürgerkrieg gegen die Sowjetunion, der NS-Überfall auf dasselbe Land, die US-Kriege gegen Korea und in Indochina, die Invasion in der Schweinebucht gegen die kubanische Revolution, der US-finanzierte Krieg der „Contras“ gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua, die US-Invasion auf Grenada. Das vom Westen aufgezwungene Wettrüsten, das insbesondere mit den achtziger Jahren verstärkt wurde, entsprach zugleich einem Todrüsten der UdSSR und der Länder des Warschauer Paktes.

Doch außer diesen objektiven - von außen diese „Ausbruchversuche“ beeinflussenden - Gründen gab es subjektive Ursachen, die wesentlich zum Scheitern der genannten „neuen Gesellschaften“ beitrugen. In der Regel -und insbesondere im Fall der UdSSR und der DDR- liegt der entscheidende subjektive Grund für das Scheitern auf der politischen Ebene: in der Abwesenheit von umfassender Demokratie. Erst von diesem strukturellen Mangel ausgehend erschließen sich die ökonomischen Defizite und die mangelhafte gesellschaftliche Attraktivität dieser Systeme.

In der UdSSR, der DDR und den damit. vergleichbaren Gesellschaften handelte es sich um ein gesellschaftliches System, in dem eine neue herrschende Schicht - die „Nomenklatur“ - die führenden Positionen in der Partei und im Wirtschafts- und Staatsapparat inne hatte. Diese herrschende Kaste setzte sich in der Sowjetunion Ende der zwanziger Jahre durch, wobei bereits frühe Entscheidungen im revolutionären Rußland (unter anderem das auch von Lenin und Trotzki mitgetragene Verbot von konkurrierenden Parteien und das Fraktionsverbot in der bolschewistischen Partei) diese Entwicklung begünstigt hatten. In der DDR, .in Polen, in der CSR/CSSR, in Rumänien und Bulgarien wurde diese herrschende neue Schicht mit dem Sieg der Roten Armee über NS-Deutschland importiert und dem neuen Wirtschaftssystem aufoktroziert, wobei eine Entdemokratisierung und Stalinisierung der entsprechenden neuen herrschenden Parteien vorausgegangen war.

Auch wenn die Privilegien, die diese Nomenklatur aus ihrer gesellschaftlichen Position bezog, vom Reichtum der westlichen Reichen weit übertroffen wurden, so gab es ein einmaliges Wesensmerkmal der Nomenklatur-Privilegien: Die Angehörigen dieser Kaste hatten einen privilegierten Zugang zu Westwährungen, zu Reisen ins „nichtsozialistische Ausland“ und zu Intershops mit Westwaren; sie demonstrierten in ihrer Konsum-Praxis die strukturelle Demagogie des Systems: Während der Bevölkerung die „Siege an der sozialistischen Wirtschaftsfront“ verkündet wurden, galt bei den Mitgliedern der Nomenklatur privat überwiegend der Vorzug der West-Waren-Welt. Wie weit diese Orientierung ging, wurde erst nach 1989/90 mit den Enthüllungen über Schalck-Golodkowski und die MfS-Organisation „KoKo“ und über den Umstand bekannt, daß die Mitglieder des Politbüros in Wandlitz ihren Konsum fast ausschließlich mit Westwaren bestritten.

Es war diese spezifische Struktur einer neuen herrschenden Schicht, die dazu führte, daß einerheblicher Teil der Gesellschaftswissenschaften herrschaftssichernde Funktion hatte. Vor allem brachte dies die Gesellschaft zersetzende Maßnahmen und Strukturelemente mit sich: GPU/KGB und das MfS mit ihren umfassenden Spitzelapparaten dienten primär der Absicherung der politischen Herrschaft dieser Nomenklatur. Bereits zahlenmäßig überwog bei weitem das interne System zur Kontrolle der eigenen Bevölkerung gegenüber der Auslandsspionage.

Die Zentralisierung des Plans und die Zentralisierung der gesamten Gesellschaft waren logisches Ergebnis dieser Herrschaftsstruktur. Es galt für den Osten, was heute im Westen gilt: Wer Demokratie - also: Bestimmung der gesellschaftlichen Belange durch die Bevölkerung - in der Ökonomie zuläßt, der stellt die Autokratie der tatsächlich in der .Gesellschaft Herrschenden in Frage: das alleinige Regime des Kapitals und der Profitmaximierung im Westen und die Alleinherrschaft der Nomenklatur und das Diktat des bürokratisch-zentralistischen Plans im RGW-Bereich.



Mit einem entscheidenden Unterschied: Der Kapitalismus kann mit einer Abwesenheit von Demokratie in der Ökonomie sehr gut leben - seit Gründung des Deutschen Reichs und bis 1999 gab es 75 Jahre mit bürgerlicher Demokratie und 54 Jahre mit Kaiserreich, Diktatur, Faschismus und Besetzung (1949 bis 1990: in Westdeutschland). Das Diktat des Profits und die gesamtgesellschaftliche Irrationalität erfahren durch den Markt einen gewissen Ausgleich von Interessen und Widersprüchen. Eine effiziente gesellschaftliche Planwirtschaft braucht jedoch die demokratische Bestimmung durch die Produzentinnen und Produzenten so nötig wie Fische das Wasser. Sie kennt kein Korrektiv eines anonymen Marktes oder kann diesen nur in Teilsektoren und mit der Gefahr des Hinüberwachsens in einen Manchesterkapitalismus mit einer Ex-Nomenklatur als neue mafiöse Kapitalistenklasse zulassen - siehe Jugoslawien und China seit den achtziger Jahren. siehe Russland seit 1989/90. Das ökonomische Scheitern der DDR und der UdSSR ist eindeutig auch ein Resultat der Abwesenheit von umfassender Demokratie.

Auch militärisch wirkte sich diese Struktur einer neuen herrschenden Kaste negativ aus. Der immense Militärapparat und die Hochrüstung in der Sowjetunion waren nicht ausschließlich durch die westliche Aufrüstung bestimmt. Sie hatten sich - mit Parallelen zum kapitalistischen militärisch-industriellen Komplex verselbständigt. Spätestens als es eine Friedensbewegung im Westen (und Ansätze dafür auch in der DDR) gab, wäre es möglich gewesen, der westlichen Aufrüstung primär politisch zu begegnen und demonstrative Schritte zur einseitigen atomaren Abrüstung zu unternehmen. Doch auch im Warschauer Pakt überwog das rein militärische Denken und die Angst der Nomenklatur vor der Mobilisierung der eigenen Bevölkerung. Also wurde auf die neuen Pershing II mit SS-20 geantwortet. Entsprechend wurde versucht, der weltweiten Einkreisung der NATO durch eine militärische Ausweitung des eigenen Imperiums in *Afghanistan* zu begegnen. Das waren hausgemachte Beiträge der Ressourcenvernichtung, die ebenfalls zum Scheitern 1989/90 beitrugen.

In diesem Rahmen wäre noch ein gesondertes Kapitel den „Ausbrüchen aus den Ausbrüchen“ zu widmen, beispielsweise dem „Prager Frühling“ oder den verschiedenen Versuchen der polnischen Bevölkerung, gegen die Autokratie der Politbürokratie aufzubegehren. Dies ist an dieser Stelle aus Platzgründen nicht möglich. Daher sei hier nur die Preisfrage gestellt: Wer ist verantwortlich für die folgende tragische Entwicklung? Die polnischen Arbeiter, die 1970 gegen das Gomulka-Regime aufbegehrten, sangen beim Sturm der PVAP-Hochburg in Gdansk noch die „Internationale“; nach den Streiks bei Radom und Ursus 1976 gründeten sie noch ein „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR)“; nach dem Militärputsch von Jaruzelski 1981 und unter Solidarnosz-Führung suchten sie jedoch ihre Zuflucht bei Marien-Liedern und der Heiligen Jungfrau von Tschenstochau.⁷

Festzuhalten bleibt: Diese Ausbruchversuche waren nicht vergebens. Die Millionen Menschen, die sich in diesen für eine neue Gesellschaft engagierten, bleiben Teil des kollektiven Gedächtnisses: die Leidenschaft, Phantasie und Kreativität, die in sie eingebracht wurden, sind Teil der Menschwerdung der Weltgemeinschaft. Aus den Fehlern, den Verbrechen und dem Scheitern dieser Anläufe müssen die Lehren gezogen werden. Und so; wie die bürgerliche Revolution erst nach mehreren Anläufen Erfolg hatte, wird die neue Gesellschaft erst nach vielen solchen „Ausbruchversuchen“ den entscheidenden Durchbruch erleben. .

⁷ Ausführlich dazu Winfried Wolf: Polen - Der lange Sommer der Solidarität Band 1 und 2 Frankfurt/M. 1981, und Winfried Wolf. Polen – Der Winter gehört den Krähen. Frankfurt/M. 1986. V gl. auch die tragische Geschichte des ehemaligen Chefs der „Roten Kapelle“, Leopold Trepper, der die Kerker der Nazis und dann diejenigen Stalins durchwanderte, sich nach dem Weltkrieg in Polen als jüdischer Kommunist engagierte, um 1968 in Folge einer antisemitischen Kampagne der PVAP und des Innenministers Moczar gegen die Studentenrevolte und ihre „jüdischen Führer“ Kuron und Modzelewski resigniert das Land zu verlassen und nach Israel zu gehen. Leopold Trepper: Die Wahrheit Hamburg 1973.

Zehn Gebote für einen demokratischen Sozialismus

Es ist -auch in der PDS - modern geworden,. Sozialismus als eine „ständige Aufgabe“ zu zerreden und festzustellen. Sozialistinnen und Sozialisten hätten „mehr Fragen als Antworten“.

Den Sozialismus vordenken heißt anderes, heißt einen Weg für die Zukunft der Menschheit zu finden, der den Kapitalismus durch eine neue solidarische Gesellschaft *ersetzt*. Das erfordert, so konkret wie möglich zu sein. Das schließt zwar die Entwicklung eines fest definierten sozialistischen Modells aus. Doch aus dem Scheitern der „Ausbruchversuche“ und aus dem Versagen des real existierenden Kapitalismus lassen sich Richtlinien oder Gebote herausarbeiten; die für einen demokratischen Sozialismus bestimmend sind. Im folgenden seien zehn solcher Gebote zusammengestellt - ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Da die Skepsis all derjenigen, die einen neuen sozialistischen Versuch zum Hirn-gepinsel erklären, verständlich ist, werden die einzelnen „Richtlinien“ um „Praxisverweise“ ergänzt. Damit wird belegt, daß sich bereits im Schoß des Kapitalismus Strukturelemente der neuen Gesellschaft herausbilden. Oder, mit den Worten der Arbeiterinnen und Arbeiter der Uhrenfabrik Lip in der französischen Stadt Besancon, die Mitte der siebziger Jahre monatelang ihr Werk besetzt und den Boss verjagt hatten. die weiter Uhren produzierten. kreativ neue Modelle entwickelten und in einer Banderole, die rund um ihre Fabrik gespannt war. der Welt - Majakowskis Selbstgewißheit „Der Mensch / ist im Kommen!“ vergleichbar verkündet hatten: „Ca va: an produit, on vend, on vivra - Das geht: man produziert, man verkauft, man lebt (weiter)!“

1. Sozialismus heißt Rückgewinnung der Arbeit als Teil der Menschwerdung

In der kapitalistischen Gesellschaft wird der größte Teil der verausgabten Arbeit in Form von Lohnarbeit verausgabt - als Arbeit für einen fremden Aneigner der Arbeit gegen Entgelt. Eine Selbstbestimmung über die Arbeit, das Arbeitsprodukt und die Arbeitsorganisation, existiert nicht. Hinzu kommt, daß die Beschäftigten sich oft mit dem Inhalt der Arbeitsverausgabung nicht identifizieren können, weil es sich - siehe oben - zunehmend um gesellschaftlich nicht sinnvolle, um vermeidbare oder gar zerstörerische Arbeit handelt. Eine Zuspitzung der Sinnentleerung der Arbeit drückt sich in den Begriffen „Job“ und „Jobbet“ aus; Höhepunkt der Entfremdung in der Arbeit ist eine Gesellschaft, die den „Job des Soldaten“ als „modernes Berufsbild“ präsentieren kann.⁸

Damit ist jedoch ein großer Teil der Menschen eines wesentlichen Teils der Mensch-Werdung und des Mensch-Seins beraubt. Karl Marx bezeichnete die freie, selbstbestimmte Arbeit als das „Sich-außer-sich-Setzen“ des Menschen, als dessen Selbstverwirklichung: „In der Bearbeitung der gegenständlichen Welt bewährt sich der Mensch erst als Gattungswesen ... Durch sie erscheint die Arbeit als sein Werk und seine Wirklichkeit. Der Gegenstand der Arbeit ist daher die Vergegenständlichung des Gattungslebens des Menschen.“⁹

Praxisverweis: In früheren Jahrhunderten gab es kaum eine Periode, in der wie heute ein derart großer Teil gesellschaftlich sinnvoller Arbeit außerhalb der „eigentlichen Arbeitszeit“, in der sogenannten Freizeit verausgabt wurde. Während die - mitunter durchaus schweißtreibende - Freizeit-Arbeit Lust mit sich bringt, herrscht in der eigentlichen Lohnarbeits-Zeit Frust vor. Das trifft zu auf die „lustvolle“ Arbeit. von Hunderttausenden, die hierzulande in ihrer Freizeit in Datschen und Schrebergärten Arbeit verausgaben. Oder auf die Zeit, die Millionen Menschen in den vielen Vereinen aller Art verbringen. Man vergleiche die fehlende „Corporate Identity“, die mangelnde Identifikation mit dem Job der Beschäftigten bei der Deutschen Bahn AG, mit der Leidenschaft und dem Engagement, das bei vielen zehntausend Menschen in Eisenbahnvereinen aller Art - unter anderem solche, zum Erhalt oder zur

⁸ Vgl. Krieg als Arbeit. In Winfried Wolf: Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Kriegs. Hamburg 1999, S. 157 ff:

⁹ Karl Marx: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte (‘‘Pariser Manuskripte‘‘) Marx-Engels, Ausgewählte Werke. Band I. S. 91.



Reaktivierung aufgegebener Bahnstrecken - zum Ausdruck kommt. Vergleichbares gilt für die „Freizeit-Arbeit“ von hunderttausenden Software-Bastlern und Internet-Surfern.

2. Sozialismus heißt Planung der großen gesellschaftlichen Ressourcen

Die großen Ressourcen der Gesellschaft müssen nach einem gesellschaftlichen Plan eingesetzt werden. Dies dem anonymen Markt zu überlassen, fördert Vergeudung und falsche Allokation. Beispielsweise ist die „Energiewende“ - der Weg weg von Atomenergie, weg von fossilen Brennstoffen und hin zur Solarenergie - nur gesellschaftlich geplant zu verwirklichen. Dabei fordern wir demokratische Planung durch alle anstatt der längst existenten verschwörerische Planung durch selbst ernannte Eliten (z.B. in den Vorständen der Energiemonopolen). Angebot und Nachfrage sind sinnvolle Kriterien für überschaubare Sektoren wie eine städtische „Kneipenlandschaft“; bei den großen Ressourcen versagen sie jedoch völlig. Rohöl beispielweise ist nach den Marktkriterien reichlich vorhanden, also billig. Tatsache ist: Obgleich der Kapitalismus in erheblichem Maß auf Öl aufbaut (Autoindustrie, Flugzeugindustrie, Wärmebedarf), wird dieser Rohstoff maximal noch 100 Jahre zur Verfügung stehen.

Praxisbeleg: Der größte Teil des öffentlichen Verkehrs ist in Europa seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhundert geplant strukturiert, dem Markt weitgehend entzogen, der öffentlichen Kontrolle unterworfen. Dort, wo der Markt und Private den öffentlichen Verkehr regulieren, wurde er - so in den meisten US-Städten - weitgehend abgeschafft.

3. Sozialismus heißt: umfassende Demokratie

Kapitalismus beschränkt Demokratie, wenn sie überhaupt existiert, auf den politischen Raum und dort auf ein repräsentatives System. Sozialismus heißt: umfassende Demokratie. Heißt: Erweiterung der Demokratie im politischen Raum durch möglichst viele Elemente direkter Demokratie (Bevölkerungsentscheide, Abwählbarkeit, Ausweitung der Wählbarkeit z. B. auf andere Bereiche, z.B. auf die Justiz). Dies heißt auch die Akzeptanz von fundamentaler Opposition gegenüber einem Sozialismus - also das Gegenteil dessen, was beispielsweise Andre Brie, der sich selbst als Vordenker, Modernisierer und Demokrat versteht, Ende 1989 postulierte, als er schrieb: „Es ist zu prüfen, wie oppositionellen Kräften ... ein begrenzter legaler Raum eingeräumt wird, da ihre repressive Unterdrückung unmöglich ist ... Opposition gegen den Sozialismus ist nicht zuzulassen.“¹⁰

Praxisverweis: In der Schweiz haben Volksentscheide teilweise gegen das gesamte Politestablishment Erfolge gezeitigt (z. B. gegen einen Beitritt zur EU bzw. zum „Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)“. In Österreich gelang es, mit einem Referendum das Nein zum Atomstrom durchzusetzen („Zwentendorf“). In der Stadt Zürich gab es Referenden gegen eine vom gesamten Stadt-Establishment geplante U-Bahn, was zu einer vernünftigen Verkehrsorganisation mit der Tram/als Rückgrat beitrug.

4. Sozialismus heißt: Wirtschaftsdemokratie

Demokratie darf nicht Werkstoden. Die Unternehmen müssen selbst demokratisch strukturiert sein - im Innern und teilweise durch Einflußnahme von außen. Warum gilt bei uns als selbstverständlich, daß Vereine und Parteien ihre Vorstände demokratisch wählen, während Unternehmensleitungen von Belegschaften nicht kontrolliert und gewählt werden können?

Praxisverweis: Es gibt Formen der „Gegenmacht“, wie sie vor allem die Gewerkschaften durchsetzen konnten (Mitbestimmung, Vetorechte). Es gibt auch im Kapitalismus das Genossenschaftsmodell. Dieses sieht eine weitgehend demokratisch Verfaßtheit der Genossenschaftsbetriebe vor. Es existie-

¹⁰ Andre Brie: Zur gegenwärtigen Lage der DDR. In: Sozialismus in der Diskussion, herausgegebene von Rainer Land und Lutz Kirschner. Berlin 1990, S. 79.



ren große und funktionierende Genossenschaften in der Landwirtschaft (LPGen), im Dienstleistungsbereich und - wenn auch vereinzelt - in Handwerk und Industrie. In Island ist der größte Teil der Wirtschaft nach dem Genossenschaftsmodell organisiert.

5. Sozialismus heißt Solidargesellschaft

Sozialismus heißt: Gleiche Chancen für alle. Und da die Menschen Individuen, damit ungleich sind, muß dieser Ungleichheit unterschiedlicher Art Rechnung getragen werden. Kinder, Jugendliche, Kranke, ältere Menschen, Behinderte, Menschen, die „null Bock“ haben, Paare und Kollektive in unterschiedlichen Formen von Lebensgemeinschaften - sie alle sind Teil der Solidargemeinschaft und haben ein Recht auf menschenwürdiges Leben: die Garantie zur Befriedigung elementarer menschlicher Bedürfnisse und der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit - durch ausreichend Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, durch die Möglichkeiten für optimale Ausbildung, Bildung und Studium, durch das Bereitstellen von ausreichendem und komfortablem Wohnraum, durch das Vorhandensein von Jugendzentren, Spielplätzen, kulturellen Einrichtungen, durch ein umfassendes, für alle gleich zugängliches System der gesundheitlichen Vorsorge, von Krankenhäusern usw. usf.

Praxisverweis: Alle genannte Bereiche waren ursprünglich Teil des privat organisierten Kapitalismus und standen damit nur Minderheiten offen. In allen Bereichen gibt es heute - vor allem als Folge gesellschaftlicher Kämpfe - zumindest in Ansätzen eine öffentliche Organisationsstruktur. Damit wurde der Zugang demokratisiert. Die neoliberale Offensive drängt jedoch in allen Bereichen in Richtung Privatisierung und damit zur Entdemokratisierung und Entsolidarisierung.

6: Sozialismus heißt Gleichberechtigung der Geschlechter und Zerstörung des Patriarchats

Vor dem „Kommunistischen Manifest“ gab es - weitgehend vergessen - das Manifest von Flora Tristan und ihr Modell der „Arbeiterunion“. Darin wird auf den Zusammenhang von kapitalistischer Unterdrückung und das diese überlagernde Patriarchat eingegangen. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Die herrschenden Eliten sind im Kapitalismus zu 90 Prozent und mehr männlich (dies galt auch für die Politbüros). Die ökonomisch abgesicherte Klasse der Lohnabhängigen in der Ersten und Dritten Welt ist zu rund zwei Drittel männlichen Geschlechts. Die „Weltfabriken“ mit extremer Ausbeutung in der Dritten Welt und die „Leichtlohngruppen“ in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind dagegen eine weibliche Domäne. Zu diesen objektiven Widerspiegelungen des Patriarchats gesellen sich solche auf anderen Ebenen. Das beginnt bei der statistischen Nichterfassung spezifischer „Frauenarbeiten“: Weibliche Hausarbeit als wertschaffende, gesellschaftliche Arbeit wird in den bürgerlichen Statistiken und in der Marxschen Werttheorie nicht berücksichtigt. Und das endet noch lange nicht bei der männlich bestimmten Sprache. Das Patriarchat ist ebenso wie Lohnarbeit und Kapital Hauptwiderspruch.

Sozialismus ist nur denkbar als Beseitigung aller Formen patriarchaler Herrschaft und als Feminisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Praxisverweis: Als ein Ergebnis der Frauenbewegung haben sich „Quoten“ zur Angleichung des Frauenanteils in politischen Parteien teilweise durchgesetzt. Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ wurde seit den siebziger Jahren aufgegriffen - teilweise mit praktischen Folgen (Frauenhäuser, Frauen-Steuern).

7. Sozialismus meint nachhaltiges Wirtschaften

Seit der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 hat sich der Begriff „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ im Sprachgebrauch verankert. Dieser Modebegriff meint schlicht das, was Friedrich Engels vor mehr als 100 Jahren postulierte: „So werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keines-



wegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen.“¹¹

Daraus folgt logisch: Die Organisation des gesellschaftlichen Lebens darf nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als solche wieder nachwachsen bzw. sie muß anderenfalls und in unvermeidbaren Fällen dafür Sorge tragen, daß spätere Generationen auf gleichwertige Ersatzressourcen zurückgreifen können. Diese Forderung ist im Grunde ebenfalls nur über eine geplante Wirtschaftsweise realisierbar; Nachhaltigkeit widerspricht diametral Markt und Profit.

Praxisverweise: In einer funktionierenden Forstwirtschaft gilt seit langer Zeit: Nur soviel Baumeinschlag, wie nachwächst. Hochlagen in den Alpen müssen bewirtschaftet werden („Almwirtschaft“), damit der Boden nicht erodiert und Erdbeben („Muren“) verhindert werden. In einer Markt-Land- und Forstwirtschaft gäbe es statt dessen Kahlschlag, Zerstörung und die Produktion von Einöde. Siehe die Geschichte Haitis, eine Insel, die bei ihrer Entdeckung als eine der fruchtbarsten Gegenden der Welt beschrieben wurde und nach 300 Jahren Ausplünderung weitgehend als Einöde zurückblieb.¹²

8. Sozialismus heißt Dezentralität und Nähe statt Zentralismus und Schnelligkeit

Kapitalismus und Gesellschaften wie die UdSSR tendieren zum Zentralismus. Dies ist als eine logische Folge des Fehlens von Demokratie und des bürokratischen Verständnisses von Effizienz. Ein demokratischer Sozialismus erfordert das Gegenteil: die Rückeroberung von Nähe, von Dezentralität, regionales Wirtschaften. Das wiederum hängt eng mit Nachhaltigkeit und Demokratie zusammen. Wenn in Brüssel per Richtlinie entschieden wird, dass Stadtwerke nicht „quersubventionieren“ dürfen, dann wird Nähe zerstört, Effizienz abgebaut und entsolidarisiert: Die Kommune wird machtloser, der öffentliche Verkehr abgebaut, Billigstrom statt dezentral erstelltem Strom eingespeist. Der gewaltige Erfolg des Buchs von Sten Nadolny „Entdeckung der Langsamkeit“ und die Beliebtheit von geschlossenen Kiezen mit Eigenleben und reduziertem (und zum Teil „ausgesperrtem“) motorisiertem Verkehr verweisen beide auf das menschliche Grundbedürfnis nach Nähe und den „Einspruch“ der Bevölkerung gegen das Diktat der Schnelligkeit.

Praxisverweise: Noch gibt es dezentrale Energieversorger, die volkswirtschaftlich wesentlich effizienter und nachhaltiger Energie bereitstellen können. Zumindest im Prinzip sind diese auch eher demokratisch kontrollierbar.

9. Sozialismus heißt internationale Solidarität

Sozialistinnen und Sozialisten wissen, daß die global ungleiche Verteilung von Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten in einem erheblichen Umfang dem Kapitalismus - mit Weltmarkt, Kolonialismus und Kriegen - geschuldet ist. Sie engagieren sich für die Bewegungen gegen neokoloniale Unterdrückung und für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Letzteres ist zwar im umfassenden Sinn erst möglich, wenn überall die Herrschaft von Kapital und Profit durch eine sozialistische demokratische Gesellschaft ersetzt sind. Es gibt jedoch heute bereits viele Ansatzpunkte für internationale Solidarität und für eine weniger ungerechte Weltwirtschaftsordnung.

Praxisverweise: Verschiedene Solidaritätsbewegungen wie die mit Cuba oder den „Zapatista“ im mexikanischen Bundesstaat Chiapas; der Widerstand gegen die WTO und das Internationale Investitionsschutzabkommen, womit Teilerfolge erzielt werden konnten („MAI“ 1998; Seattle 1999); alternative Welthandelsstrukturen („Fairer Handel“); internationale Belegschaftssolidarität.

10. Sozialismus heißt Frieden

Kapitalismus gebiert aus der Eigenlogik Kriege; diese sind in der „Moderne“ in einem erheblichem Maße Ergebnis der Weltmarktkonkurrenz und des Ziels der Beherrschung immer größerer Märkte. Wenn die

¹¹ Friedrich Engels: Dialektik der Natur. MEW, Band 20, S. 453

¹² Vgl. Winfried Wolf: Haiti-Arroganz im Armenhaus. Köln 1996



„Modernisten“ in der PDS dies „vergessen“, dann auch deshalb, weil das Ziel, auf Bundesebene bis zum Jahr 2002 koalitionsfähig zu sein auch heißt, damit Ja sagen zu müssen zu einem 60 Milliarden Mark Rüstungsetat und zur Umrüstung der Bundeswehr zur „Angriffskriegsfähigkeit“ - und letzten Endes Ja zu sagen zu neuen Kriegen mit deutscher Beteiligung.

Praxisverweis: Der NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, der maßgeblich von der SPD-Grünen-Regierung und von EU-Regierungen mit PDS-„Bruderparteien“ in der Regierung mitgetragen wurde -und der

Widerstand gegen diesen Krieg, in der BRD maßgeblich mitgetragen von der PDS.

Den Sozialismus vordenken müssen all diejenigen Menschen, die die Geschichte des Kapitalismus kennen und um die unerbittliche Logik wissen, mit der dieser die Menschen ausbeutet, verkrüppelt und die Menschheit in Kriege, Zerstörung und Barbarei führt. Diese Sozialistinnen und Sozialisten wissen, was den Bürgerlichen nur nach großen menschlichen Katastrophen deutlich wird - und was die Partei-Christen 1949 im Ahlener Programm der CDU festhielten: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den sozialen Lebensinteressen ... nicht gerecht geworden ... Nach dem furchtbaren Zusammenbruch als Folge einer verheerenden Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein ... Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.“¹³

Den Sozialismus vordenken, konkretisieren und sich für dessen Verwirklichung engagieren heißt, eine neue Barbarei zu verhindern.

¹³ In: Was will die CDU?, Herausgegeben von H. Schreiber. Köln 1948, S. 7 ff.



Kapitel IV - Die Sache mit der Subsidiarität: Verlagerung vom Globalen zum Lokalen

Aus: Alternatives to Economic Globalization - A Better World is Possible¹⁴

The International Forum on Globalization (IFG)¹⁵

Die größte Einbildung bzw. Spekulation der konzernorientierten Globalisten, besteht darin, dass alle Ebenen der Gesellschaft davon profitieren, wenn die Kontrolle über die Wirtschaft aus den Stellen ausgelagert wird, bei denen sie traditionellerweise gelegen hat – den Nationen, Staaten, Unterregionen, den Kommunen oder den Stammesverbänden –, und wenn diese Kontrolle in nicht-ortsansässige Behörden verlagert wird, die mittels gigantischer Konzerne und Verwaltungsapparate global operieren. Wie wir bereits gesehen haben, trifft diese Auffassung nicht zu, und hierin liegt einer der Hauptgründe für den zornigen Protest von Millionen von Menschen.

Die Hauptvorgehensweise des Globalisierungsmodells besteht darin, alle Schaltstellen ökonomischer und politischer Betätigung zu delokalisieren: eine systematische, vollständige Aneignung der Vollmachten, Entscheidungen und Aufgaben, welche in der bisherigen Geschichte von der Kommune, der Region oder dem Staat ausgeübt wurden. Wenn die Souveränität endgültig vom Lokalen in entfernte Bürokrationen verlagert wird, muss auch die lokale Politik neu konzipiert werden, damit sie den Regeln und Praktiken solcher basisfernen Bürokrationen entspricht. Gemeinden und Staaten, die im Interesse ihrer eigenen Bevölkerung bisher in relativer Selbständigkeit agiert haben, werden zu widerstrebenden Untertanen dieser viel größeren, undemokratischen, niemandem Rechenschaft schuldigen globalen Struktur umfunktioniert.

Wenn Demokratie in der Idee wurzelt, dass die Menschen an den großen Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, teilnehmen sollen, dann bringt das heutige System, das darauf beruht, Grundentscheidungen des Lebens in weit entfernte Instanzen zentralisierter, internationaler Institutionen wegzuverlagern, den Tod der Demokratie, da es durch eine Geringschätzung und Missachtung demokratischer Teilhabe, Offenheit, Rechenschaftspflicht und Transparenz geprägt ist. Wir haben in diesem Prozess das Ende der Sackgasse erreicht. Es ist an der Zeit, die Richtung zu wechseln.

A. Notwendiges Verständnis für Subsidiarität

Da die Globalisierung das unlösbare Problem darstellt, ist logischerweise ein Umschwung in Richtung des Lokalen unumgänglich: eine Neubelebung der Bedingungen, durch die die lokalen Gemeinschaften die Vollmacht wieder erlangen, ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Wege zu bestimmen und zu kontrollieren. Anstatt alle Systeme so zu gestalten, dass sie einem globalen Modell entsprechen, das deutlich ausgerichtet ist auf Spezialisierung der Produktion, Wettbewerbsvorteile, exportorientiertes Wachstum, Monokultur und Nivellierung bzw. Homogenisierung ökonomischer, kultureller und politischer Verhältnisse unter der Regie transnationaler konzernorientierter Institutionen, müssen wir unsere eigenen Institutionen umgestalten, um genau das Gegenteil zu begünstigen.

Das Verfahrensprinzip für diese Kehrtwende ist das Ideal der Subsidiarität, d.h. der Bevorzugung des Lokalen, wo immer man die Wahl hat. Praktisch bedeutet dies, dass alle Entscheidungen auf der untersten möglichen Ebene der Steuerungsinstanzen getroffen werden sollten, die die entsprechende Kompetenz zur Lösung des jeweiligen Problems haben. Globale Gesundheitskrisen und Fragen globaler Umweltverschmutzung machen zwar oft kooperative, internationale Entscheidungen

¹⁴ Alternatives to Economic Globalization [A Better World is Possible]; The International Forum on Globalization (IFG); Berret-Koehler Publishers 2002; deutsche Zusammenfassung, Eine bessere Welt ist möglich, Übersetzung von Ulrich Morgenthaler
Download: www.dreigliederung.de/download/ifgbericht.pdf

¹⁵ Komitee der VerfasserInnen: John Cavanagh, Vorsitzender, Sarah Anderson, Debi Barker, Maude Barlow, Walden Bello, Robin Broad, Tony Clarke, Randy Hayes, Colin Hines, Martin Khor, David Korten, Jerry Mander, Helena Norberg-Hodge, Sara Larrain, Simon Retallack, Vandana Shiva, Victoria Tauli-Corpus, Lori Wallach



baler Umweltverschmutzung machen zwar oft kooperative, internationale Entscheidungen notwendig, aber die meisten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entscheidungen sollten nicht international getroffen werden, sie sollten – je nachdem, welcher Art sie sind – auf der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene getroffen werden. Man sollte sich dafür einsetzen dass die Entscheidungsgewalt soviel als möglich nach unten wandert, statt immer weiter nach oben. Die Entscheidungen sollten immer näher zu denjenigen Menschen hin verlagert werden, die am meisten von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Wirtschaftssysteme sollten lokale Erzeugung und lokale Märkte bevorzugen, anstatt es immer darauf anzulegen, dem „Langstreckenhandel“ zu dienen. Das bedeutet für wirtschaftliche Tätigkeit Kürzung der Wegstrecken: weniger „Nahrungsmittelkilometer“, weniger „Spritversorgungskilometer“, weniger Fahrkilometer zur Arbeitsstelle. Es sollten auch Technologien gewählt werden, die anders als global agierende Megatechnologien optimal der lokalen Steuerung dienen.

B. Der Weg zum Lokalen

Lokalisierung versucht, durch aktive Bevorzugung des Lokalen bei allen zur Debatte stehenden Verfahrenswesen den Trend zum Globalen umzukehren. Je nach Kontext wird „lokal“ dabei als Untergliederung innerhalb eines Staates definiert; es kann aber auch den Staat selbst bedeuten oder gelegentlich eine regionale Gruppierung von Staaten. Die übergeordnete Idee besteht darin, dass die Entscheidungsgewalt an die jeweils unterste Einheit übertragen wird, die für ein bestimmtes Ziel angemessen ist.

Strategien, welche Lokalisierung herbeiführen, sind solche, die die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft durch Kommunen und/oder Nationalstaaten vergrößern, die diese sich von den globalen Institutionen, die sie sich angeeignet haben, zurückholen müssen: von den Bürokratien und den global agierenden wirtschaftlichen und politischen Institutionen. Diese Strategien können Staaten, lokale Regierungen und Kommunen in die Lage versetzen, ihre Ökonomien zurückzugewinnen, sie so vielfältig wie möglich zu gestalten und dem Gemeinschaftsleben wieder die Stabilität zu verleihen, – um auf eine Art und Weise, welche nachhaltige Entwicklung gewährleistet, auf nationaler und regionaler Ebene ein möglichst hohes Maß an eigenständiger Lebensfähigkeit zu erlangen.

Den Weg in Richtung der Lokalisierung einzuschlagen, wird Veränderungen in den Grundeinstellungen der Industriegesellschaft erforderlich machen, auch wird es dazu einer langen Zeit und vieler Schritte bedürfen. Doch um unser Denken in dieser Richtung in Bewegung zu setzen, erwähnen wir wenigstens einige Punkte:

? Die Wiedereinführung von Schutzmaßnahmen, die traditionellerweise angewandt wurden, um einheimische (lokale) Wirtschaften zu schützen und um der lokalen Wirtschaft bei der Erneuerung zu helfen.

? Veränderungen in der Subventionspolitik zugunsten lebensnotwendiger lokaler Unternehmen wie mittelständischer "biologischer" Landwirtschaft für die lokalen Märkte und mittel-ständischer Infrastrukturen in der Energieversorgung und im Transportwesen.

? Neue Aufsichtsmöglichkeiten über Konzernaktivitäten, einschließlich einer "site here to sell here"-Politik (d.h. einer Verfahrensweise nach dem Prinzip „um hier zu verkaufen, musst du hier eine Niederlassung haben“ – d. Üb.). Und zwar gilt dies in Bezug auf Produktion, Bankwesen und andere Dienste – gleichgültig ob diese örtlich oder regional arbeiten.

? Verankerung von Kapital und Investitionen innerhalb der Kommune; Profite, die lokal erwirtschaftet werden, verbleiben in erster Linie im Lokalen.



? Durchgreifende Veränderungen in der Steuerpolitik – wie Erhöhung von Steuern auf die Nutzung und den Abbau von natürlichen Ressourcen wie Wäldern, Wasserbeständen und Mineralien sowie die Einführung von Öko-Steuern.

? Umfangreichere direkte öffentliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, um Gerechtigkeit und Vielfalt der Gesichtspunkte zu gewährleisten.

? Neuorientierung der Regeln für internationale Hilfe und den internationalen Handel sowie der örtlichen Politikansätze, die solche Veränderungen beeinflussen, so dass diese vor allem zur Erneuerung der lokalen und weniger der globalen Wirtschaft beitragen.

? Neue Wettbewerbsregeln, die dazu führen, dass transnationale Konzerne den Zugang zu lokalen Märkten verlieren, wenn sie nicht die lokal geltenden Regeln für Investitionen akzeptieren.

C. Brennpunkt Investitions- und Finanzierungsangelegenheiten

Die wohl entscheidendste Frage in Bezug auf die Entwicklungsfähigkeit eines lokalen Wirtschaftssystems besteht darin, Kapital für produktive Investitionen anzuziehen und gleichzeitig zu verhindern, dass lokale Kontrolle an ausländische Eigentümer verloren geht und dass die Wirtschaft durch massive, unregulierte Bewegungen von Spekulationsgeldern auf internationalen Finanzmärkten zusammenbricht. Man darf auf keinen Fall vergessen, dass im Produktivkapital das Naturkapital gesunder Wälder, fruchtbarer Böden und sauberer Flüsse und ebenso das "Sozialkapital" von Vertrauensverhältnissen und Kooperationsbeziehungen mit enthalten ist. Nur zu oft schaffen konventionelle Maßstäbe wirtschaftlicher Leistung wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Bruttosozialprodukt (BSP) eine Illusion wachsenden Wohlstands, sogar dann, wenn ein Land sein reales Kapital plündert und bei ausländischen Banken seine Zukunft verpfändet, nur um Luxusimporte für die Reichen und den Kauf von militärischen Rüstungsgütern, um die Armen in Schach zu halten, zu finanzieren.

? Kapital: Jedes Land muss ein Regelwerk vorsehen, das sicherstellt, dass ausländische wie einheimische Gelder in realwirtschaftlich produktive Bereiche fließen können, und das gleichzeitig dem räuberischen Abfluss durch Spekulation eine Grenze setzt. Zu diesem Zweck werden die Gemeinschaften an der Basis ermutigt, eine Reihe von Optionen zu untersuchen, unter anderem die Wiedereinführung der Devisenbewirtschaftung, die "Re-Regulierung" von Banken, Finanzierungsgesellschaften usw., dergestalt, dass lokale Investition viel vorteilhafter ist als Kapitalflucht, ferner die Einführung von sehr hohen Hemmschwellen, die solche Investoren benachteiligen, welche Gelder von einem Anlageobjekt zum anderen bewegen, ohne dabei einen produktiven realwirtschaftlichen Leistungsbeitrag zu erbringen.

D. Zur Kritik an Lokalisierung und Subsidiarität

Kritiker der Lokalisierung befürchten, dass diese eine lokale Bedrohung der Menschenrechte mit sich bringt oder der Autokratie Vorschub leistet. Gewiss ist Subsidiarität keine Garantie für Demokratie oder Grundrechte, aber sie macht deren Umsetzung bei weitem wahrscheinlicher, da kleinere Gemeinschaften viel mehr Einflussmöglichkeiten von unten auf die Instrumente der Macht bieten. Auf der anderen Seite ist die konzernorientierte Globalisierung ihrem Wesen nach zentralistisch, undemokratisch und destruktiv in Bezug auf kommunale Entwicklungsfähigkeit und Demokratie. Selbstverständlich spielen im Bereich der Menschenrechte internationale Abkommen weiterhin eine nützliche Rolle. Andere kritische Stimmen sprechen auch von dem Verlust von Wettbewerbsanreizen, einer Gefährdung der Wohltaten der Marktwirtschaft, der Förderung von „Protektionismus“ usw. Alle diese Einwände werden im vollständigen Dokument ausführlich diskutiert.

Die Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich

Die Plattform von attac Deutschland¹⁶

Die Globalisierung ist ein Umbruch von historischen Dimensionen. Sie verändert die Gesellschaft mit enormem Tempo und greift tief in unsere Lebensbedingungen ein. Sie wird bisher einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern. Ihr Leitbild ist der Neoliberalismus. Nach dieser Ideologie lassen sich die gesellschaftlichen Probleme am besten lösen, wenn man sie dem Markt und den Privatunternehmen überlässt.

Das neoliberale Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich jedoch nicht erfüllt, im Gegenteil:

??Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut in der Dritten Welt. Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz.

??Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Auch bei uns nehmen soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit zu. Die sozialen Sicherungssysteme werden abgebaut und sind von Privatisierung bedroht. Renten, Gesundheit, Bildung sollen zur Ware werden.

??Demokratie wird untergraben, weil Global Players mit der Drohung, den "Standort" zu wechseln, zunehmend die Politik diktieren.

??Neue Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entstehen. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mithilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen. Auch Männerarbeit wird zunehmend nach diesem Modell der weltweit ungeschützten flexibilisierten Billigjobs dereguliert und globalisiert.

??Die Globalisierung hat zu einer krassen Zunahme sexistischer und struktureller Gewalt gegen Frauen wie z. B. des transnationalen Handels mit Frauen und Kindern geführt. Die Opfer der neuen, globalisierten Kriege sind ebenfalls in überwiegender Mehrheit Frauen und Kinder.

??Die Lösung der Umweltprobleme wird verschleppt. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Unterwerfung unter die Marktlogik zerstört.

??Kulturelle Vielfalt wird durch eine ökonomisch mächtige Kulturindustrie eingeebnet. Die Suggestivkraft von Werbung und Markenlogos bestimmt immer stärker Wertorientierungen und gesellschaftliche Leitbilder.

??Neben anderen Gründen sind es hegemoniale Interessen und neue Rohstoffquellen (Öl und Gas), zu deren Sicherung reiche Industriestaaten zunehmend militärische Planungen und kriegereische Interventionen durchführen. Die neoliberale Globalisierung hat sehr viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervorgebracht. Sie begünstigt damit politische Destabilisierung und ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terrorismus. Dies führt zur Rechtfertigung von weltweiter Aufrüstung, von Militarisierung und zur Aushöhlung demokratischer Rechte.

Wir brauchen eine andere Politik

Die neoliberale Globalisierung ist keineswegs schicksalhaft und alternativlos. Sie ist von den Regierungen der großen Industrieländer und mit Hilfe von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) zielgerichtet betrieben worden. Deutschland und die EU spielen dabei sowohl nach innen (Liberalisierung der Binnenmärkte) als auch bei der neoliberalen Zurichtung der Weltwirtschaft eine maßgebliche Rolle.

¹⁶ Auf dem Attac-Ratschlag am 26.5.2002 in Frankfurt/M beschlossen



Dazu gab und gibt es wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen. Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung. In ihr gibt es mehr gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit und eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung des Nordens wie des Südens. Wir wollen eine Welt, in der Demokratie für alle Menschen gewährleistet ist und kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Diese Ziele sind nur durchsetzbar, wenn es eine starke, international handelnde gesellschaftliche Bewegung gibt. Attac ist Teil dieser Bewegung, die sich in Seattle, Prag, Genua sowie anderen Orten formiert hat und sich unter anderem im Weltsozialforum von Porto Alegre weiter entwickelt.

??Attac will als Teil der außerparlamentarischen Bewegung einen Beitrag für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft leisten.

??Attac streitet für eine neue Weltwirtschaftsordnung, in der der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird.

??Attac ist Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich.

Attac setzt sich ein für:

??Ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.

??Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, sog. Tobinsteuer und die Verwendung der Einnahmen für internationale Umwelt- und Entwicklungsaufgaben.

??Die Schließung der Steueroasen, die Regulierung von Derivaten und das Verbot von hochspekulativen Fonds (sog. Hedge-Fonds).

??Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

??Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, die Beendigung der neoliberalen Struktur-anpassung sowie die Ablösung der Diktatur der Gläubiger durch ein faires und transparentes Verfahren.

??Eine Welthandelsordnung, die den Interessen der Entwicklungsländer, sozial Benachteiligten und der Umwelt Vorrang einräumt.

??Internationale Institutionen, die diesen Zielen und nicht den Interessen von Industrieländern, Konzernen und korrupten Eliten dienen.

??Ein demokratisches und soziales Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Solidarität mit den anderen Teilen der Welt orientiert. Wir wehren uns gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechtes, der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Wir weisen die Kriminalisierung der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung zurück.

??Eine demokratische Reform der öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen uns ein für ein Niveau sozialer Sicherung, das allen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir wenden uns gegen Privatisierung öffentlicher Dienste und der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge z. Bsp. des Gesundheits- und Bildungssystems sowie der Wasserversorgung, wie sie im Rahmen des GATS-Abkommens droht. Die Privatisierung öffentlicher Güter und genetischer Ressourcen lehnen wir ab.

??Ein System der solidarischen Alterssicherung.



??Umverteilung und Umbewertung von Erwerbs- und unbezahlter Arbeit im Rahmen der Internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

??Eine soziale und ökologische Gestaltung der Landwirtschaft. Gentechnisch veränderten Produkte und Patente auf Leben lehnen wir ab.

??Die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen. Wir fordern u.a. höhere Unternehmenssteuern, existenzsichernde Löhne, Arbeitsrechte und Mitentscheidungsrechte für Beschäftigte, Gleichstellungsaufgaben, soziale und ökologische Standards.

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand!